

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eintragungs-Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 8 gepaltene Kolonial-Zeile 50 J. Geschäftsangelegenheiten werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wren. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Mobilisation der Papierfabrikanten.

Raum ist die Konferenz der Papierarbeiter geschlossen, da tritt der Unternehmerverband der Papierfabrikanten auf den Plan, um diese Konferenz zum Ausgangspunkt einer Aktion zu nehmen. Es gelang uns, Einsicht zu nehmen in ein Zirkular, das an die Unternehmer zum Versand gebracht wurde und das charakteristisch genug ist, es zur Veröffentlichung an dieser Stelle zu bringen. Es lautet:

Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten.

Tele-Adr.: Schipalo, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhof, 9437. Berlin W 10, den 20. Mai 1913. Sitzungsaal 17.

An die noch außerhalb des Arbeitgeberverbandes Deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten stehenden Fabrikanten von Papier und Zellstoff.

Wir beehren uns, Ihnen Abdruck der Leitartikel aus der letzten Nummer des „Proletariers“, des Organs der deutschen Fabrikarbeiter, in welchem Verbands auch die Arbeiter der Papier- und Zellstoffindustrie organisiert sind, zu übersenden.

Wenn es nicht die Streiks der letzten Zeit und die immer häufiger und dringlicher auftretenden Versuche, die Fabriken zum Abschluß von Tarifverträgen zu zwingen, lehrten, so würden diese Artikel aus dem „Proletarier“ den Beweis dafür erbringen, daß die Organisation der Arbeiter in der Papier- und Zellstoffindustrie viel weitere Fortschritte gemacht hat, als die Arbeitgeber anzunehmen scheinen.

Wollen sich die Arbeitgeber in der Papier- und Zellstoffindustrie die Bewegung unter ihren Arbeitern wirklich über den Kopf wachsen lassen?

Wollen sie warten, bis ihnen die Arbeiter die Bedingungen, unter denen sie Arbeit zu übernehmen und sich Lohn zahlen zu lassen geneigt sind, vorschreiben?

Den einzigen Schutz hiergegen bietet Ihnen der

Arbeitgeberverband Deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten.

Beziehen Sie sich nicht auf Ihre Zugehörigkeit zu örtlichen Arbeitgeberverbänden. Gewiß können örtliche Arbeitgeberverbände sehr wirksam handeln und kleinere Bewegungen im Keime erlöschend; sie vermögen aber nie und nimmer einen großen Fachverband überflüssig zu machen.

Kreuzen Sie deshalb dem Arbeitgeberverband bei, dem ein großer Teil Ihrer engeren Fachgenossen schon angehört, und unterstützen Sie die gute Sache der Gesamtheit schon aus Zusammengehörigkeitsgefühl.

Wir geben Ihnen ferner den Rat, zu untersuchen, ob von Ihnen beurlaubte Arbeiter den bewilligten Urlaub etwa zur Teilnahme an den Dresdener Beratungen benutzt haben, und Ihre weiteren Maßnahmen danach zu treffen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Der Vorsitzende:

Der Geschäftsführer:

Nich. Brüchner, Königl. Preuß. Kommerzienrat.

Ditges.

Das Zirkular ist nach mancherlei Mühe für die Papierarbeiter beachtenswert. Einmal kommt darin die Bedeutung ihrer eigenen Organisation, des Fabrikarbeiterverbandes, zum Ausdruck. Die Unternehmer spüren dessen Einfluß und Wirksamkeit, und darum suchen sie die noch Fernstehenden zu ihrer Organisation heranzuziehen. Sie wollen den Herrenstandpunkt nicht aufgeben, sondern nach wie vor unbeschränkte Gebieter über Lohn und Arbeitsbedingungen der Papierproleten bleiben. Dann aber zeigt das Zirkular noch, wie notwendig es ist, die Organisation der Papierarbeiter noch weit eifriger zu betreiben wie bisher. Die Unternehmer benutzen, wie das Beispiel zeigt, jede Gelegenheit für ihren eigenen Zusammenschluß tätig zu sein. Das sollte auch Grundfaß jedes Papierarbeiters werden, unablässig Mitglieder für den Fabrikarbeiterverband zu werden. Je mehr dieser erstarkt, desto besser kann solchen despotischen Absichten entgegengetreten werden wie sie im Schlußsatz des Zirkulars zum Ausdruck kommen. Die Papierarbeiter, die es wagen, Urlaub zur Vertretung ihrer Klasseninteressen zu benutzen, sollen brotlos gemacht werden. Wie offenbart sich doch in dieser Forderung in Hinsicht auf den sonstigen Inhalt des Zirkulars die doppelte Moral des Unternehmertums. Sie selbst wollen sich straff organisieren und ihre eigenen Angelegenheiten rücksichtslos durch die Organisation vertreten. Wehe aber den Arbeitern, die das gleiche tun, die müssen gemäßigelt werden. Und um den Unternehmern die Notwendigkeit der Abwehr von Arbeiterforderungen klar zu machen, ging den Interessenten mit gleicher Post ein weiteres Zirkular des „Bereins Deutscher Papierfabrikanten“ zu, dessen Geschäftsführer ebenfalls Ditges ist, und in welchem zur Teilnahme an verschiedenen Berufsveranstaltungen, Hauptversammlungen usw. in Dresden in den Tagen vom 17. bis 20. Juni dieses Jahres aufgefordert wird. Aus dem beiliegenden Programm dafür ist zu ersehen, daß die Herren Fabrikanten mit ihren Damen in Dresden nicht schlecht zu leben gedenken. Sie haben es ja dazu aus den Summen, die den Papierarbeitern abgepreßt wurden. Da werden kostspielige Ausflüge und reiche Festeessen arrangiert, für die Damen Extrainterkaltungen. Der Unternehmerverband weiß sehr gut, daß sich seine Mitglieder durchaus nicht einzuschränken brauchen, und so empfiehlt er außerdem noch die Quellen, wo sich beim Wein und andern Gemäßen die Zeit gut vertreiben läßt. Das sieht freilich anders aus, wie bei den Papierarbeitern, die oft kaum genug haben, um sich am trockenen Brot satt zu essen. Das dem so ist, hat die Tagung der Papierarbeiter am 18. und 19. Mai gezeigt.

Amüsant wirkt das erst erwähnte Zirkular, in dem zum Ausdruck kommt, daß der Herr Königl. Preuß. Kommerzienrat und Vorsitzende Nich. Brüchner ebenso wie der große Organisator Ditges, wie aus den Worten gefallen, jetzt erst bemerken, daß trotz allem Terrorismus der Papiergewaltigen, die Arbeiter bereits zahlreich organisiert sind. Sie werden auch nicht verhindern können, daß

der Fabrikarbeiterverband unter den Papierarbeitern weitere Fortschritte macht, trotz der Aufforderung in dem Zirkular, nicht zu warten, sondern sofort mit Maßregelungen einzusetzen.

Die beiden Unterzeichner des Zirkulars haben es wirklich sehr eilig, die Rolle des bekannten Zauberlehrlings zu spielen. Mögen sie es. Unser Kollegen werden nach Bekanntwerden obiger rücksichtslosen Drohung mit verdoppelter Energie ihre Agitation entfalten. Von Mund zu Mund, von Haus zu Haus sollen die noch Fernstehenden gewonnen werden, damit die Herren Brüchner und Ditges in absehbarer Zeit von unsern Fortschritten noch mehr überrascht werden.

Die Konferenz der Papierarbeiter in Dresden.

Die erste Konferenz der in der Papierfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 18. und 19. Mai in Dresden stattfand, hat die Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, nicht enttäuscht. Der Verlauf wie das Ergebnis der Konferenz dürfte in den Kreisen unserer in der Papierfabrikation beschäftigten Mitglieder volle Befriedigung auslösen. Die Referate standen in jeder Hinsicht auf der Höhe. Die Debatte war in ihrer ruhigen Sachlichkeit eine wertvolle Ergänzung der Referate und die in einer Resolution niedergelegten Forderungen der Konferenz fassen das Wesentlichste und Dringendste kurz zusammen. Der erste Teil der Forderungen richtet sich an die Gesetzgebung und die Aufsichtsbehörden; er fordert von der ersteren Ausbau, von der letzteren schärfere Ueberwachung der bestehenden Arbeiterschutzgesetze. Der zweite Teil appelliert an die Arbeiter der Papierindustrie. Er fordert von ihnen den Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter als erste Vorbedingung einer durchgreifenden und dauernden Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Papierfabrikation. Es bedarf hier nicht der besonderen Versicherung, daß dieser zweite Teil der Resolution an Wichtigkeit hinter dem ersten nicht zurücksteht. Schon auf der Konferenz wurde von mehreren Rednern darauf verwiesen, daß selbst die volle Erfüllung der an die Gesetzgebung gerichteten Forderungen die gewerkschaftliche Organisation in keiner Weise überflüssig machen, daß aber eine völlig geschlossene Organisation den ersten Teil der Resolution auch ohne gesetzliche Eingriffe erfüllen und durchführen könne. Womit gesagt ist, daß die Resolution nicht betrachtet werden soll als ein Appell an die Gesetzgebung, den Arbeitern die Selbsthilfe zu ersetzen, sondern in erster Linie als eine Aufforderung an die Arbeiter, die Gesetzgebung vorwärts zu treiben, sie zu ergänzen und zu erweitern.

Nach diesen Vorbemerkungen zu den Verhandlungen selbst. Anwesend waren 94 Delegierte, die Gauleiter und zwei Vertreter des Vorstandes. Von unserm österreichischen Bruderverband war Genosse Schramel als Gast anwesend.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der bei der Herstellung von Papier beschäftigten Arbeiter“ referierte Kollege Brüll-Hannover. Er gab einleitend ein Bild des wirtschaftlichen Aufschwungs der Papierfabrikation. An reichem und interessantem Zahlenmaterial wies er nach, daß in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung der Papierfabrikation durchaus günstig war. Der Verbrauch und damit die Erzeugung von Papier hat sich in den letzten fünfzehn Jahren mehr als verdoppelt. Die stete Verbesserung der Maschinen und Einrichtungen hat zu einer enormen Steigerung der Produktion geführt. Der einzelne Arbeiter leistet heute ein weit größeres Quantum Arbeit und erzeugt eine weit größere Menge Papier als noch vor einem Jahrzehnt. Die Vorbedingungen einer für Unternehmer wie Arbeiter günstigen Lage seien also durchaus gegeben. An weiteren Zahlen zeigte der Redner sodann, daß auch die Rentabilität der Papierfabriken durchaus nicht so ungünstig ist, insbesondere ist in den letzten Jahren eine fortlaufende Steigerung der Dividenden zu konstatieren.

Ganz anders steht es mit den Löhnen der Arbeiterschaft. Nach einer vom Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1912 aufgenommenen Statistik betrug der durchschnittliche Stundenlohn in der Papierfabrikation nur 29,3 Pf. Wie er sich in den einzelnen Gruppen und bei Trennung der Arbeiter nach dem Geschlecht stellt, ist in der folgenden Tabelle zusammengefaßt.

Gruppe	Durchschnittslohn pro Stunde für		
	Arbeiter	Arbeiterinnen	alle Berichtigten
Papier und Zellulose . . .	29,8	18,1	29,3
Pappen und Holzstoff . . .	27,4	16,0	26,6
Chromopapier	39,5	21,2	38,0
Zusammen	29,9	17,9	29,3

Diese Löhne sind, so betonte und bewies der Referent, in jeder Hinsicht unzureichend. Selbst bei einer ganz kleinen Familie und bei äußerster Sparsamkeit ist damit eine den kulturellen Anforderungen entsprechende Lebenshaltung nicht möglich. Die Arbeiter sind deshalb bereit, zu erhöhen, ihren Lohn durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu erhöhen. Auch durch landwirtschaftliche Arbeiten, teils auf gepachtetem, teils auf eigenem Grund, suchen viele ihr Einkommen zu erhöhen. Das führt, aber zur vorzeitigen Verwüstung der Arbeitskraft.

Weiter verwies Kollege Brüll auf das Prämienwesen und die Schäden, die es im Gefolge hat, auf die lohndrückende Wirkung der Fabrikwohnungen, die lange, oft pausenlose Arbeitszeit, namentlich

die Doppelschichten und auf andre Mißstände mehr. Kurz, er entzollte in kurzen Zügen ein Bild von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Papierarbeiter, das alle Schönfärbereien eifriger Unternehmernechte gründlich widerlegte und die Klagen der Papierfabrikanten über die „steigenden Arbeitskosten“ als haltlose Redereien entlarvte.

Dem ersten Referat wurde das zweite über den Arbeiterschutz in der Papierindustrie angeschlossen, um eine Zerspaltung der Debatte zu verhüten. Referent zu diesem Punkt war Kollege Neuring, Dresden. Er entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Nach einer einleitenden Definition des Wesens und der Formen des Arbeiterschutzes schilderte er zunächst die Gefahren, die die Arbeit in der Papierfabrikation, namentlich in den Zellulosefabriken, mit sich bringt. Eingehend untersuchte er die Gefahrenquellen. Als erste nannte er die lange Arbeitszeit, die für die Maschinenarbeiter in der Regel 12 Stunden ohne Pausen, oft aber über 18 und 24, ja 36 Stunden beträgt. Die bei so langer Arbeitszeit unbedingt eintretende Abspannung und Ermüdung führe ganz selbstverständlich zur Außerachtlassung der nötigen Vorsicht und damit zu zahlreichen Unfällen, die vermieden werden könnten. Als weitere die Gefahr erhebende Momente bezeichnete der Referent die Nacht- und Sonntagsarbeit, die Antreiberei durch das Akkord- und Prämien-system, die Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen und der Arbeitsräume. In vielen Einzelfällen wies er nach, daß in den Papierfabriken in größtlicher Weise gegen den Arbeiterschutz gesündigt wird. Sehr scharfe Kritik übte er auch an den Zusammenstellungen der Berufsgenossenschaft über die Ursachen der Unfälle. In diesen Zusammenstellungen wird den Arbeitern der größte Teil der Schuld an den Unfällen zugeschoben, obwohl eine objektive Untersuchung in den weitaus meisten Fällen ergeben würde, daß der Unternehmer der eigentlich Schuldige ist. Die Folge des geringen Arbeiterschutzes ist eine fortwährende Steigerung der Unfälle. Von 1885 bis 1911 kamen 69 334 Unfälle zur Anzeige. Im Jahre 1910 kamen 48,27 gemeldete Unfälle auf 1000 Beschäftigte, 1911 waren es 52,02 Unfälle. Die Erkrankungs-häufigkeit in den Papierfabriken beleuchtete der Referent auf Grund mehrerer Krankentassenberichte und statistischer Erhebungen. Sowohl die Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse wie mehrere Einzelberichte ergaben für die Arbeiterschaft der Papierfabriken sehr hohe Krankenziffern, vor allem für die Arbeiterinnen. Sehr zahlreich sind Nerven- und Verdauungskrankheiten. Die vielen Nervenkrankungen führte der Referent auf die hastende, ununterbrochene, alle Sinne aufs äußerste anspannende Arbeit an den komplizierten Maschinen, die Verdauungskrankheiten auf die pausenlose Arbeitszeit zurück, die zur unregelmäßigen, überhasteten Einnahme der Nahrung zwingt. Die Ausführungen klangen aus in die Forderung nach besserer Ausgestaltung und schärferer Ueberwachung des bestehenden Arbeiterschutzes für die Papierarbeiter.

Die nunmehr einsetzende Debatte war sehr lebhaft. Aus allen Landesteilen meldeten sich die Kollegen, um die Ausführungen der beiden Referenten zu bekräftigen oder zu ergänzen. Kollege Fröhlich, Mannheim, schilderte, wie die große Zellstofffabrik Waldhof alljährlich alte Arbeiter abschiebt und Neulinge einstellt. Ein anderer Kollege teilte mit, daß die Firma Günther, Greiz, die immer unorganisierte Gehilfen sucht, einen Reflektanten veranlaßte, ihr Papiermüster aus seinem alten Betriebe zu senden. Als der Gehilfe dem Ersuchen nachkam, verlor er zwar seine alte Stelle, aber die neue erhielt er nicht. Kollege Schneider, Erfurt, wies an einem Beispiel nach, wie Papierfabrikanten Arbeiter und Arbeiterauschüsse behandeln. Der Direktor einer russischen Papierfabrik erklärte dem Arbeiterauschuß, der ihm die Wünsche der Arbeiter unterbreiten wollte: „Ich zähle bis drei, wer dann nicht draußen ist, fliegt raus!“ Weiter schilderte derselbe Redner, wie in einer Fabrik kürzlich das Kind eines Arbeiters, das dem Vater Essen brachte, durch eine mangelhaft abgedeckte Öffnung in das Getriebe fiel und zerstückelt wurde. Der eigene Vater mußte den zerstückten Körper seines Kindes aus der Maschine herausziehen. Nach diesem Unfall kam der Gewerbeinspektor, der früher nie auf die Beschwerden der Organisation reagierte oder auch nur antwortete. Und auch jetzt sah er nur die Gefahrenquelle, die das Kind als Opfer gefordert hatte, aber nicht andre, unmittelbar daneben befindliche. Dieser Redner charakterisierte auch das Gehalten des Unternehmensekzels Ditges, der selbst dann die Schuld an Unfällen den Arbeitern aufbürdet, wenn deren Schuldslosigkeit erwiesen ist. Walter, Heilbronn, schilderte besonders die unfaßliche Wirkung des Prämienwesens und rügte die Milde der Gerichte gegenüber den Sündern wider den Arbeiterschutz. Er verwies ferner darauf, daß es im Bezirk der Heilbronner Zahlstelle dem Verband gelungen ist, zwei Betriebe zur Einführung der neunstündigen Arbeitszeit wenigstens für einzelne Abteilungen zu bewegen. Auch die Lohnrückerei der ländlichen Arbeiter, die mit einer Flasche Most und einem Brot auf Arbeit gehen und nach der Arbeit und dem langen Weg noch daheim auf dem Lande radern, schilderte dieser Kollege.

Die Zustände und Gefahren in den Zellstofffabriken schilderte Kollege Götze, Tilsit. Er verwies auf die Gefahren, die besonders das Entleeren der Zellstoffocher mit sich bringt und die durch Antreiberei und unzumutbare Anordnungen noch erhöht und vermehrt werden. Eine Zellstoffabrik seines Bezirkes hatte in einem Jahre bei 1000 Arbeitern 58 schwere Unfälle und 983 Kran-

beitsfälle, zeigt also eine erhebliche Gefährdung der Arbeiter. Ergänzt wurden diese Mitteilungen von einem Kollegen aus der bayerisch-thüringischen Gegend, der über einen Unfall berichtet, der durch unvorsichtige Reparatur eines defekten Kochers herbeigeführt wurde. Kollege Klähre, Leipzig, berichtete über die zahlreich und schwer auftretenden Vergiftungen in den Chrompapierfabriken in Leipzig. Ein anderer Kollege teilte mit, daß die Arbeiter in der Papierfabrik Galsen nicht nur bei eifriger Arbeit bei niedrigen Lohn und langer Arbeitszeit, sondern auch zum eifrigen Besuch der Kirche angehalten werden. Die Arbeiter dieses Betriebes sind allerdings schon mehr als fleißig; manche davon arbeiten nämlich, wenn sie Nachtschicht gehabt haben, nachmittags noch bei den Bauern, um sich einen Zuschuß zu ihrem mageren Lohn zu verdienen.

Ein sehr trübes Bild entrollte dann Kollege Kowalzik aus Schlesien. In der großen Zellulosefabrik Feldmühle in Kofel erhalten die Arbeiter einen durchschnittlichen Tagelohn von 2,50 Mark für 12 Arbeitsstunden. Allerdings erhalten sie daneben noch den Segen des Kardinals Kopp, aber mit dem können sie ihren Hunger nicht stillen, ihre Kinder nicht kleiden, ihre Wohnungen nicht bezahlen. In den Fabriken in Proppitz werden gar nur 2 Mark für 12 Stunden an Arbeiter und 13 Groschen an Arbeiterinnen bezahlt. Auch Fürst Gendel von Donnersmarck, einer der Geldfürsten Schlesiens, speist seine Arbeiter mit 2 Reichsmark für den zwölfstündigen Arbeitstag ab. Obendrein behält dieser Edelste den Lohn der Arbeiter noch 6 Wochen inne. In der Zellulosefabrik Wartha, Graßschaff Glah, schwankt der Tagelohn für Papierarbeiter zwischen 1,80 und 2,50 Mark; Arbeiterinnen erhalten 1 bis 1,20 Mark. Ueberstunden werden in Menge geleistet, das Geld dafür wird jedoch erst zu Weihnachten ausbezahlt. Wenn Arbeiter dieses Betriebes sich irgendwo Lohnendere Arbeit suchen wollen, kommen sie auf die schwarze Liste und werden dann anderswo nicht eingestellt. Wie in manchen Betrieben ein Menschenleben gewertet wird, zeigte der Direktor einer größeren Fabrik bei einem Unfall. Ein Arbeiter brach einen Arm und kam mit dem blutenden Gliede dem Trodenfische zu nahe. Erboht fluchte der Direktor: „Da macht mir dieser Mensch auch noch den Trodenfisch kaputt!“

Das sind nur einige Notizen aus den Ausführungen der ersten Redner. Die folgenden berichteten über ähnliche, teilweise noch trassere Mißstände. Zu wenig Lohn, zu lange Arbeitszeit, zu wenig Schutz für Gesundheit und Leben, das waren die immer wiederkehrenden Klagen. Inmitten dieses Sammers berührte es doppelt erfreulich, daß zwei Kollegen aus Dresden und dem benachbarten Mägeln mitteilen konnten, sie hätten ein ähnliches Maß von Klagen nicht vorzubringen. Allerdings seien ihnen die geschworenen Zustände nicht unbekannt; noch vor wenigen Jahren hätten sie unter ähnlichen Umständen gelitten. Seit jedoch die Arbeiter der Papierfabriken in und um Dresden sich im Verband der Fabrikarbeiter zusammenschlossen und für bessere Arbeitsbedingungen gekämpft haben, seien ganz wesentliche Verbesserungen in jeder Hinsicht, vor allem aber in bezug auf die Löhne, erreicht worden.

An diese erfreuliche Konstatierung knüpfte Kollege Schneider an, der über den dritten Punkt der Tagesordnung: Die Papierarbeiter und die gewerkschaftliche Organisation referierte. Er stellte die Frage: Auf welchem Wege und mit welchen Mitteln läßt sich eine dauernde wirtschaftliche Verbesserung der Papierarbeiter erreichen? und beantwortete sie dahin: Nur durch einen Zusammenschluß der Arbeiter in der gewerkschaftlichen Organisation. Die Gewerkschaft sei das Mittel, die miserablen Zustände in der Papierproduktion zu beseitigen. An reichhaltigem Material wies er nach, daß die Organisation einen erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausübt; mit dem Einbringen der Organisation haben sich die Verhältnisse in einer Reihe Betriebe wesentlich gebessert. Der Lohn steigt mit dem Wachstum der Organisation; wo der Organisationsstand am höchsten, ist auch der Lohn am höchsten. In den Zellulosefabriken sind 24 Prozent organisiert, da beträgt der Durchschnittslohn für einen erwachsenen männlichen Arbeiter 1168 Mark, in den Holzschleifereien aber, wo nur 6 Prozent organisiert sind, 848 Mark. Die Durchschnittslöhne der Papiermacher stiegen von 1906 bis 1911 doppelt so stark als in den Jahren 1906 bis 1905, was seine Ursache darin hat, daß die Organisation von 1906 in die Papierfabriken eingebracht ist. In den Jahren 1907 bis 1912 erzielte der Verband in den Papierfabriken folgende Erfolge: Für 1846 beteiligte Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 5782 Stunden pro Woche und für 15 147 Personen eine Lohnerhöhung um 23 584 Mark pro Woche. Von den rund 50 000 beschäftigten Volkarbeitern sind ungefähr 25 Prozent organisiert, es ist also noch ein sehr großes Feld zu bearbeiten.

Der Referent untersuchte dann, welche Hindernisse dem Einbringen der gewerkschaftlichen Organisation in den Papierfabriken im Wege stehen und wie diese Hindernisse am besten zu beseitigen sind. Dabei wies er auf die Möglichkeit, den Einfluß der Arbeitgeber als Konsumant von Papier zugunsten der Papierarbeiter auszunutzen. Er verwies darauf, daß die Frage die Sozialdemokratie schon auf zwei Parteitagen beschäftigt habe und sprach die Erwartung aus, daß die Zentralisation des Papiervertriebs für die Arbeiterpresse recht bald verwirklicht werden möge. Da nach einer Umfrage des Verbandes der Arbeiterpresse ein Durchschnitt von 21 000 Tonnen jährlich, gleich 5 Prozent des gesamten Outputs an Druckpapier beträgt, kann sie schon einige Bedingungen stellen. So könnten durch die Zentralisation des Einkaufs manche Forderungen der Arbeiter durchgesetzt werden, so besonders das Koalitionsrecht der Arbeiter. Schreiben mit tariflicher geregelter Lohnen könnten bevorzugt werden. In Amerika sei man schon so weit, daß von der Arbeiterpresse nur Papier verwendet wird, das von organisierten Arbeitern hergestellt ist und das Zeichen der Papiermachergewerkschaft trägt.

An das Referat knüpfte sich eine längere Diskussion, in der die Schwierigkeiten der Agitation und Wege für die Gewinnung von Mitgliedern geäußert wurden.

Die Konferenz stimmte dann einstimmig folgender von den drei Referenten vorgelegten Resolutions zu:

Die erste Konferenz der in der Papierfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stellt mit Bedauern fest, daß die wirtschaftliche Lage der bei der Herstellung von Papier und Pappe beschäftigten Arbeiter durchweg unzureichend ist. Die Löhne stehen in ihrem Durchschnitt erheblich unter dem in anderen gewerblichen Erzeugnissen. Durch das Fortwachen und Fortwachen wird der Arbeiter die Kontrolle über den Produktionsprozess verweigert. Die Arbeitszeit ist unzureichend lang und wird durch Ueberstunden, Sonntagsarbeit und Doppelarbeiten noch wesentlich verlängert. Der Schutz gegen

Gefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter ist in vielen Betrieben durchwegs unzureichend, die hygienischen Einrichtungen sind oft mangelhaft.

Verpflichtet wird die Lage der Arbeiterschaft vielfach noch durch sogenannte Wohlfaßeinrichtungen, wie Pensionskassen mit Vermögenslosigkeit und Fabrikwohnhäuser mit kurzfristigen Mietverträgen. Diese Einrichtungen haben sehr oft den Zweck, immer aber den Erfolg, daß die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt werden.

An der Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts werden die Arbeiter vielfach durch Eingriffe und Beschränkungen des Unternehmers behindert.

Um die Lage der in der Papierfabrikation beschäftigten Arbeiterschaft durchgreifend und dauernd zu bessern, fordert die Konferenz:

a) Von den gesetzgebenden Körperschaften:

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich für alle in Betrieben oder Abteilungen mit durchgehender Schicht beschäftigten Arbeiter, auf höchstens neun Stunden täglich für alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Verbot der Doppelarbeiten. Verbot oder doch Einschränkung der Sonntagsarbeit, namentlich durch Sittung aller Arbeitsmaschinen bei Beginn der Sonntags- und Feiertage. Verbot der Nacharbeit für Arbeiter unter 18 Jahren.

Gesetzliche Festlegung ausreichender Pausen für die an den Arbeitsmaschinen beschäftigten Arbeiter.

Erlaß von Bestimmungen, die dem Arbeiter ein Nagbares Recht auf Prämien, Prozente und ähnliche Lohnanteile sichern.

Verbot aller Mietverträge, in denen die Kündigungsklausel für Fabrikwohnungen auf weniger als drei Monate bemessen ist.

Verbot aller direkten und indirekten Eingriffe in das Koalitionsrecht der Arbeiter.

b) Von den Aufsichtsbehörden:

Häufigere und strengere Kontrolle der Betriebe der Papierfabrikation. Schärfere Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen und energisches Einschreiten gegen Uebertretung derselben. Sorge für sinnigste Anwendung des § 120 der Gewerbeordnung.

II. Von den Arbeitern:

Die Konferenz appelliert an die in der Papierfabrikation beschäftigte Arbeiterschaft und fordert diese auf, unverzüglich und mit aller Energie für die Besserung ihrer Lage einzutreten. Als erste Voraussetzung dieser Besserung erachtet die Konferenz den Zusammenschluß der Arbeiterschaft in ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Die umfassende und allseitige Verbesserung der Arbeitsbedingungen kann nur durch die gewerkschaftliche Organisation erreicht werden. Auch für den Ausbau und die Ueberwachung des Arbeiterschutzes und des Arbeiterrechts ist der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter unbedingt nötig. Die Konferenz ermahnt deshalb die Arbeiterschaft der Papierfabrikation dringend, durch Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands die Vorbedingung für die Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zu schaffen.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet. Kollege Brach fasste die Ergebnisse der Tagung in einem kernigen Schlusssatzwort noch einmal kurz zusammen und schloß dann die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zur Betriebsöffnung der „Volkswort“

Am 17. Mai ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Vereinsgesellschaft „Volkswort“ in das Handelsregister zu Hamburg eingetragen worden, nachdem die schriftliche Zustimmung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung eingegangen war. Der Geschäftsbetrieb soll mit dem 1. Juli d. J. beginnen; doch können schon jetzt Beiträge zu Versicherungen entgegengenommen werden. Fast 24 Jahre hat es gedauert, bis das Ziel, das damals von den beiden Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften Deutschlands in Angriff genommen wurde, nach vielen Schwierigkeiten unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Diese aus der behördlichen Genehmigungspflicht sich ergebende, durch umständliche Vorbereitungen und Vorarbeiten ausgefüllte Frist ist von den geschäftlichen Gegnern des neuen Unternehmens und von den politischen Widersachern der Arbeiterklasse einschließlich der Regierung weitaus ausgenutzt worden. Man hat der kaum gegründeten Volkswort mehrere mächtige Konkurrenten entgegengestellt, die ihr das Arbeitsgebiet streitig zu machen suchten. Diese Gesellschaften, die teils mit öffentlichen Mitteln, teils mit denen älterer Versicherungsunternehmen ausgestattet sind und sich der Unterstützung und Förderung der Regierung und Behörden erfreuen, spekulieren alle auf die Beiträge der Arbeitermassen, überbieten sich in ihren Werbungsmethoden und verschaffen den Versicherungsanstalten Vorteile, die ihnen die seitliche Volkswort nicht gewährt, — nämlich auch ein Erfolg unter „Volkswort“. Wie wenig aber diese Unternehmungen imstande sind, der „Volkswort“ das Wasser abzugraben, beweist die Feststellung des Landrats Graf v. Bestfalen vom Kreis Lüdinghausen, der auf einer im April abgehaltenen vertraulichen Konferenz zur Schaffung einer „Anti-Volkswort“ erklärte mußte:

„Die Gewerkschaften hätten solche Tarife eingetätigt, denen die Genehmigung nicht verweigert werden konnte. Es müßte in einigen Tagen die Erlaubnis zur Geschäftsführung der „Volkswort“ erteilt werden. Möglicherweise, daß sich diese Zeit hinausziehen lasse, aber die Gefahr der Tätigkeitsaufnahme von den freien Gewerkschaften bleibe bestehen und wäre doppelt so groß, weil die nationalen Gewerkschaften nicht in der Lage seien, dieser „Volkswort“ etwas Ebenbürtiges zur Seite zu stellen. Aber das sei auch nicht so leicht, denn die sozialdemokratische Volkswort sei so gestaltet, daß sie auch wirklich den Arbeitern große Vorteile biete. Die jetzt bestehenden Versicherungen könnten lange nicht an die geplante sozialdemokratische Volkswort heranreichen. Durch den Zusammenschluß der 26 Gewerkschaften, der bereits erfolgt ist, könne keine gleichwertige Volkswort geschaffen werden.“

Ja, die Aufsichtsbehörde mußte die „Volkswort“ und die von ihr erzielten Tarife genehmigen, und diese Tarife sind für die Arbeiter der Arbeiterschaft so eminent vorteilhaft, daß die Reaktionen aller Schattierungen ihre Zustimmung mehr verhalten können, sondern sich in ohnmächtigen Gebrüll Luft zu machen suchen. Man lese bloß das folgende Exzerpt eines Scherzmaachers in den „Hamburger Nachrichten“ vom 16. Mai über die Genehmigung der „Volkswort“:

„Wir stehen jetzt vor der beherrschenden Tatsache, daß die Regierung des Deutschen Reiches es ist, welche der ihr feindlich geneigten Sozialdemokratie gestattet hat, den letzten gewaltigen Pfeiler ihrer Organisation aufzurichten. Nun ist der Ring der sozialdemokratischen Feindung geschlossen. Der sozialdemokratischen Partei mit der politischen Presse, den sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihren Fachorganen, den sozialdemokratischen Genossenschaften mit ihren Zeitungen, den sozialdemokratischen Genossenschaften — den Erbsöhnen des bürgerlichen Mittelstandes — schließt sich als letztes und bedauerliches Mitglied die sozialdemokratische Volkswort an. Es hätte doch auch der Regierung ein leichtes sein können, gerade wegen ihrer Objektivität, nun auch mal nach der anderen Seite hin, abseits der Bruderliebe und des Schamens von Neugierigkeit, ernstlich zu prüfen, welche politischen Gefahren diese Ringfassung der Sozialdemokratie heraufbeschworen wird. Bei nur einem Nachdenken würde sie — jedenfalls mit Schrecken — wahrgenommen haben, daß die Sozialdemokratie sich mit der Gründung der Volkswort das gefährlichste Werkzeug in ihrem Kampfe gegen Staat und Gesellschaft gesichert haben wird. Unser Verband hat nicht nur in einem 300 000 Exemplare verteilten Flugblatt auf alle Einzelheiten dieser Gefahren hingewiesen, sondern auch von anderen Seiten ist seit Jahr und Tag in Wort und Schrift auf das Unheilvolle dieser Ringfassung hingewiesen worden. Alles umsonst, die Regierung hat kein Augenmerk darauf gewandt. Schade, wenn die Regierung schon auf Sozialdemokraten ohne eigentliche Absicht durch ihr Verhalten geschickelt hat, hier schickelt sie mit Willen Sozialdemokraten in „Nein-

kultur“. Denn alle zukünftigen Mitglieder der sozialdemokratischen „Volkswort“, ob Hand- oder Industriearbeiter, ob Handel- oder Gewerbetreibende, ob Privat- oder Gemeindefunktionäre, Reichsangehörige, sie alle sind durch ihre Beiträge an die Volkswortversicherung durch ihre Hoffnungen auf spätere Vorteile für ihre Familien untrennbar mit der Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb verbunden.

Mit dem Interesse für die Entwicklung der Volkswortversicherung wird — gestiftet durch die Organe der Partei — das Interesse für andere sozialdemokratische Einrichtungen kommen. Und damit ist jeder ob Mann, ob Frau, der Sozialdemokratie verfallen. Denn diese gestiftete Versicherung läßt keinen entweichen, der in die Maschen ihres Netzes geraten ist. Auf Millionen Mitglieder wird sich in Kürze die Zahl der Volkswortversicherung belaufen, mit Hilfe der Mitglieder der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, der Frauen- und Jugendorganisation.

Aus diesen fünf Millionen wird die Volkswortversicherung zunächst ihre Mitglieder und ihre Millionen in Selbstwert schöpfen. Auf dieser gewaltigen Grundlage wird sie erfolgreich weiter bauen können, gestützt auf die großen Ueberflüsse, Zinsen usw., welche die Millionenbeiträge abwerfen werden. Trotz aller gesetzlichen Vorbehaltensregeln, trotz aller ordnungsmäßigen Festlegung großer Teile des Vermögens wird die „Volkswortversicherung“ und damit die Sozialdemokratie eine gefahrrohende Geldgeberin werden.

Doch sie es versteht, Geld aus ihren Opfern herauszuholen, das zeigen uns die Parteibeiträge, das Vermögen der Partei von 60 Millionen, die Gewerkschaftsbeiträge von fast 70 Millionen Mark jährlich. Prophezeien ist ein solches Handwerk, aber trotzdem, ein Bild auf die heutige Sozialdemokratie und ihre Organisationsberechtigt zu der Behauptung, daß die Sozialdemokratie in nicht so fernem Zeit durch die „Volkswortversicherung“ über Hunderte von Millionen verfügen wird. Nicht zum Gedenke des Vaterlandes! Die Regierung hat sich eines nicht wieder gut zu machenden Fehlers in ihrer Wägen zur Wahrung der heiligsten Interessen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung schuldig gemacht durch ihre Genehmigung zur Gründung der sozialdemokratischen „Volkswortversicherung“.

Doch überlassen wir die Andrate der Regierung ihren Verteilungen und die Schorfmacher ihrem Schmerz. Wir haben jetzt viel Wichtigeres zu tun. Trotz der uns widerwärtig gestellten Anerkennung und trotz der die Ohnmacht der Gegner nur allzu deutlich offenbaren Widerstände dürfen wir keinen Augenblick daran zweifeln, daß für uns der Kampf noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern erst beginnt. Die „Volkswortversicherung“ und ihre Versicherungsstarke sind zwar genehmigt, der Geschäftsbetrieb freigegeben — beides konnte nicht verhindert werden. Aber jetzt beginnt der Kampf auf dem Felde der Werbearbeit. Man wird es an Ueberlebungen der „Volkswort“, ihrer Mitglieder und Mitarbeiter, an Verdröhungen und Fälschungen ihrer Versicherungsbedingungen, an bewußten oder leichtfertigen Schädigungen ihres Rufes in Wort und Schrift, an Maßregelungen derjenigen, die sie fördern, nicht fehlen lassen. Eine Schlammflut wird sich gegen alle diejenigen heizend, die den Mut haben, die Volkswortversicherung der spekulativen Ueberzeugung zu entziehen. Das alles darf die organisierte Arbeiterschaft nicht davon abhalten, sich mit Eifer und Fähigkeit der neuen Aufgabe der Arbeiterbewegung zu widmen. Zunächst gilt es, die Werbearbeit energisch aufzunehmen und möglichst weite Volkstreife, vor allem die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Angehörigen über die Notwendigkeit und die Vorteile der Volkswortversicherung in eigener Regie aufzuklären. Sodann müssen die Organisationen allerorts sich in den Dienst der „Volkswortversicherung“ stellen, um den Betrieb derselben nach den Grundrissen möglicher Sparfamkeit und sozialer Wohlfahrt zu organisieren. Es muß eine Ehrenliste für die Arbeiterklasse sein, das aus eigener Kraft geschaffene Unternehmen lebensfähig und zu einem Segensquell für Millionen zu machen. Weiter, der Umstand ist, der „Volkswort“ keine Kräfte zu widmen, entziehe sich dieser Pflicht. Niemand verahre ihr die Mitarbeit und Mitbestellung.

Die „Volkswortversicherung“ übernimmt Versicherungen auf Todesfall sowie auf Lebensfall, Kinderversicherungen, Sparversicherung, Altersversicherung, die in den nächsten Tagen herausgegebenen und verbreiteten Flugblätter und Prospekte, sowie die Auskünfte der Vertrauenspersonen, die durch die örtlichen Organisationen bestellt werden. Ueber die Bestellung der Vertrauenspersonen heißt es in den vereinbarten Grundrissen des Organisationsplans:

I. Die der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften werden mit allen ihren Funktionen in den Dienst der „Volkswortversicherung“ gestellt. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Verwaltungskosten der „Volkswortversicherung“ möglichst gering werden, um die so erzielte Ersparnis den Versicherten zugute kommen zu lassen.

II. Nach Möglichkeit haben deshalb die Einlassierer und Beitrags-sammler der Gewerkschaften auch die Einlassierung der Prämien für die „Volkswortversicherung“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierfür festgesetzte Entschädigung zusteht.

III. Ueber die Art der Abrechnung der Beitragsammler, ob direkt mit dem Rechnungsführer oder mit den Ortsklassierern der einzelnen Gewerkschaften, muß in jedem Ort eine den Verhältnissen angepasste Regelung getroffen werden. Die Verantwortung für die Kontrolle hat in jedem Falle der Rechnungsführer zu übernehmen.

IV. Es ist in allen Orten zunächst festzustellen, ob die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterlassierer die Arbeit für die „Volkswortversicherung“ nach Maßgabe dieses Organisationsplans und den eventuell noch zu erlassenden speziellen Anweisungen des Vorstandes der „Volkswortversicherung“ zu übernehmen bereit sind. Die diesbezüglichen Feststellungen werden da, wo Gewerkschafts-tarifstelle vorhanden sind, diese vornehmen müssen.

Gaben die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterlassierer die Arbeit für die „Volkswortversicherung“ übernommen, dann ist für die von dieser nach Verufen gegliederten Organisation nicht nur ein Verzeichnis vom Gewerkschafts-tarifstelle die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Amt bei diesen Verordnungen besorgen.

V. Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation in Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Bezirk ist die erforderliche Zahl von Vertrauenspersonen zu bestellen.

Die Entgegennahme von Versicherungsanträgen und die Verabfolgung von Marken für die Sparversicherung seitens der gewerkschaftlichen Einlassierer ist auch dann ihre Pflicht, wenn die ab leistende Gesamtarbeit von den Gewerkschaften nicht übernommen worden ist. Sie unterliegen den von der Verwaltungskommission und dem Rechnungsführer getroffenen Kontrolleinstellungen der „Volkswortversicherung“.

Im übrigen verweisen wir noch auf die in unserer heutigen Nummer veröffentlichte Bekanntmachung des Vorstandes der „Volkswortversicherung“. Und nun aus Wort, damit die Absichten der Gegner zu schanden werden und die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volkswortversicherung bald zur vollen Entwicklung ihrer sozialen Fürsorge gelangen möge!

11. Kongreß des schwedischen Grob- und Fabrikarbeiterverbandes.

Der Vorstand unseres Verbandes erhielt Einladung, sich und das internationale Sekretariat auf dem 11. Kongreß unseres schwedischen Arbeiterverbandes, der am ersten Pfingstfeiertag in Rindum beginnen sollte, betreten zu lassen. Schreiber dieser Zeilen wurde als Vertreter entsandt.

Am Pfingstsonntagabend, 6/., Uhr abends, stand ich mit dem Dampfer „Söder“ von Wäner aus in See. Die Mitreisenden bildeten eine recht gemischte Gesellschaft: Pfingstausflügler aus der „besten Gesellschaft“, eine Anzahl Uebender Arbeiter, welche die Pfingstfeiertage in Kopenhagen verbringen wollten, und vier Söhne des Reiches der Witte, Chinesen, die in Schweden dem Kapitalismus zu weichen sich entschlossen hatten. Dazu ein halbes Duzend französischer Studenten, die durch ihr lustiges Benehmen Leben an Bord brachten. Wichtige Winde bliesen dem Dampfer entgegen, deren Stärke sich vermehrte, je näher die Ritterschiffen herankam. Um die Seelen der Passagiere kämpften der Meerzitt und

der Gott des Schicksals. Das Stampfen der Maschine und das Schnäuben des Windes...

Mit dem Aufsteigen der Sonne kam Wärme und damit Gesundheit an Bord. Um 7 1/2 Uhr am Pfingstsonntagmorgen...

Malmö mit seinen 80 000 Einwohnern ist vornehmlich Hafenstadt und durch die Verbindung mit Deutschland über Schweden...

In Malmö ist auch das erste Volkshaus, welches in Schweden gegründet worden. In diesem Volkshaus wurde der Kongress am ersten Pfingsttag...

Neben den Genossen Jan Jönsson, Vorsitzender, und Michaeelson, Sekretär des Verbandes, die manchen deutschen Kollegen von untern Verbandskongressen...

Als Gäste nahmen teil: Aus Dänemark die Kollegen M. C. Dingsie und Hans Melson, aus Norwegen Mich. Hansen und A. Fjeld...

Die ausländischen Gäste werden vom Genossen Janne Jänsson aufs herzlichste begrüßt.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 259 208 Kronen 60 Öre auf. Auf der Einnahme und in Druckerzeugnissen waren am 31. Dezember 1912 138 117 Kronen 50 Öre belegt.

Die Auswärtigen Gäste werden vom Genossen Janne Jänsson aufs herzlichste begrüßt. Diese antworten unter Betonung der gemeinsamen Ziele...

Die Ansprache, welche an den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes anknüpfte, war eine eingehende, teilweise auch recht lebhaft.

Am Dienstag, dem 18. Mai, nahm der Kongress Stellung zur Arbeitslosenunterstützung. Der Hauptvortrag und eine Kommission empfehlen die Einführung auf folgender Grundlage:

Die Unterstützung beträgt eine Krone pro Werktag für volljährige Mitglieder und 50 Öre für weibliche und jugendliche Mitglieder für 50 Werktage pro Kalenderjahr.

Die Unterstützung beginnt nach den ersten zehn arbeitslosen Tagen. Die Vergütungskosten werden von den Haftstellen getragen.

Die Unterstützung der Arbeitslosenunterstützung wird ein Beitrag von 20 Öre pro Woche von vollbeschäftigten, 10 Öre von weiblichen und jugendlichen Mitgliedern erhoben.

Es wird dann beraten, ob die Industriegruppenorganisation in dem Organisationsrahmen erhalten bleiben soll. Man befürwortet einen festeren Zusammenschluß.

Ein Antrag, welcher eine Begräbnisliste mit einem Sterbegeld von 100 Kronen einführen will, wird abgelehnt. Die Einführung einer laufenden Nummer für die Mitgliedsbücher wird beschlossen.

Als besonderer Punkt folgt nun die Lohnfrage und eine Auseinandersetzung über § 23. Dieser behandelt in Tarifverträgen die Entlassungen durch die Arbeitgeber.

Als nächstes wird die Abschaffung der Nachtarbeit und die Verkürzung der Arbeitszeit behandelt. Der Kongress erklärt es als Pflicht der Mitglieder, für Regelung der Nachtarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten.

Die preussischen Landtagswahlen setzen mehrere Anstöße ein. Der Kongress vor Schluß verläßt. Ich schied mit der Ueberzeugung aus...

Malmö, das wir in untern Schwedischen Kollegen siehe Wortführer für die Organisation und die gewerkschaftlichen Grundzüge haben.

Verbandsstag der Arbeiterchaft der chemischen Industrie Oesterreichs.

Nach einer dreijährigen Geschäftsperiode wurde von unsemern österreichischen Arbeiterverband während der Pfingsttage, am 10., 11. und 12. Mai, der ordentliche Verbandsstag im Verbandshaus zu Wien, 4. Bezirk, abgehalten.

Als Tagesordnung war vom Vorstande vorgelegt: Bericht über die Tätigkeit des Verbandes vom 1. Januar 1910 bis 31. Dezember 1912; Bericht der Kontrolle und des Schiedsgerichts; Statutenberatung; Sonntagssruhe und Arbeitspausen in den kontinuierlichen Betrieben; Wahlen und als letzter Punkt: Allgemeine Anträge.

Auf dem Verbandsstag im Jahre 1910 wurde leider berichtet werden, daß der Mitgliederbestand infolge der Wirtschaftskrise nicht gehalten werden konnte. Der Bestand betrug am 31. Dezember 1909 15 187 Mitglieder, doch konnte auch in der letzten Geschäftsperiode dieser Bestand nicht gehalten werden.

Der Schaben, den die österreichischen Separatisten dem Verbandsausgange haben, konnte nicht in vollem Maße ausgeglichen werden. Durch den Abfall der Separatisten verlor der Verband 3176 Mitglieder, so daß noch 12 011 Mitglieder verblieben sind.

	Beschäftigt	Organisiert	In Proz.
Chemische Arbeiter	51 327	8 843	17
Papierarbeiter	32 802	4 908	14,8
Gummiarbeiter	8 546	705	8,8
	92 673	14 456	15,6

Das finanzielle Ergebnis ist dagegen ein besseres geworden. Das Vermögen hat sich in den letzten drei Jahren um 63 871,51 Kronen erhöht, obwohl die wöchentlichen Beiträge im Verhältnis zu den Unterstützungen sehr niedrig sind.

Der gedruckte vorliegende Bericht wurde von dem Genossen Schrammel ergänzt, woran sich eine kurze Debatte schloß.

Bei der Statutenberatung wurde der Antrag des Vorstandes: Der ordentliche Mitgliedsbeitrag beträgt in der 1. Klasse pro Woche 86 Ö., in der 2. Klasse 50 Ö., die 3. Klasse bleibt unverändert, angenommen.

Das Defizit über Sonntagssruhe und Arbeitspausen in den kontinuierlichen Betrieben hatte Genosse Schrammel übernommen. Die von ihm vorgelegte Resolution, die Forderungen an die beteiligten Körperschaften enthält und die Arbeiter auffordert, sich an dem Kampf gegen die Gesundheitsgefahren in der chemischen Industrie zu beteiligen, wurde einstimmig angenommen.

Am Nachmittag des zweiten Pfingsttages war die Tagesordnung erledigt und wurde der Verbandsstag mit einem Hoch auf die Entwicklung und das Gelingen des Verbandes geschlossen.

Verschiedene Industrien

Die Lage der Mineralölarbeiter.

Zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern gehören zweifellos die in der Mineralölindustrie beschäftigten Arbeiter. Die Mineralölverarbeitung trägt alle Merkmale der modernen kapitalistischen Praxis, die rücksichtslos und mit allen Mitteln ihres Profitinteresses verfährt, an sich.

Die Arbeiter der Mineralölindustrie haben von dem goldenen Zeitalter, der sich in den Tagen der Altonaer ergoß, nichts gemerkt. Trotz aller Versuche, ihr Lohnniveau den gesteigerten Anforderungen der Lebenshaltung anzupassen, gelang ihnen dieses nicht.

Vor allem werden den Mineralölarbeitern in Hamburg ganz unfaire Löhne gezahlt, die man bei andern weit weniger ungelunden und schweren Arbeiten seit langem nicht mehr kennt.

Die Ausführungsmenge stieg in sieben Jahren um rund 100 Prozent, der Wert der ausgeführten Waren in der gleichen Zeit um 117 Prozent. Der Wert der Ladefabrikation noch erhebliche Summen verdient werden, ist eine altbekannte Tatsache.

* Anzeigen vom Wirtschaftsmarkt.

Die Vereinigten Glanzstoffabriken in Elberfeld hatten 1912 ein Rohvermögen von 9 009 135 (7 941 761) Mk. anzutreiben. Nach Vornahme der Abschreibungen in Höhe von 1 499 901 (1 430 569) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 3 076 849 (2 847 000) Mk. Es gelangt ein 40prozentige Dividende, die die Summe von 2 (1,8) Millionen Mark beansprucht, zur Verteilung.

den Schritten der Unterstützungskasse alle Unterstützungen von dem guten Willen der Firma ab. Das nennt man dann Arbeiterwohlthätigkeit. Sie findet ein anschauliches Gegenstück in der Tatsache, daß die Firma einen Teil ihres Arbeiter durch Kontrakte lockt.

Ein Betrieb, auf den die vorstehende Kritik mehr oder weniger auch zutrifft, ist der Firma Stern u. Sonnenschein. Sie machte vor einigen Jahren einmal recht unglücklich von sich reden. Das Landgericht und das Oberlandesgericht mußten sich mit den Bratillen der Firma befassen.

Die Firma Stern u. Sonnenschein hat Arbeiter mit einem Wochenlohn von etwa 90 Mk. Verträge abgeschlossen, in denen eine Konkurrenzklausel enthalten war, nach der die Arbeiter rund 4000 Mk. Strafe zahlen sollten, wenn sie bei den Konkurrenzfirmen, ganz gleich, ob in Deutschland oder im Ausland, in Arbeit treten.

Die Firma bezieht ihre Arbeitskräfte von verschiedenen Stellenvermittlern, vor allem aber von dem Stellenvermittler Davids, der in der Nebenstraße sein Bureau hat. Die Arbeiter werden, wie gesagt, mit 35 Pf. Stundenlohn eingestellt. In den Verträgen haben sie für die Stelle 4, 5 Mk. und mehr zu zahlen.

Die Arbeiter der gesamten Mineralölindustrie aber sollten aus diesen Dingen lernen, daß sie sich vergebens auf das Wohlwollen ihrer Arbeitgeber verlassen. Auch sie kann nur eines in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen vorwärts bringen, wie es die übrige Arbeiterchaft vorwärts gebracht hat: Der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation.

Die Arbeiter der gesamten Mineralölindustrie aber sollten aus diesen Dingen lernen, daß sie sich vergebens auf das Wohlwollen ihrer Arbeitgeber verlassen. Auch sie kann nur eines in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen vorwärts bringen, wie es die übrige Arbeiterchaft vorwärts gebracht hat: Der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation.

Die Arbeiter der gesamten Mineralölindustrie aber sollten aus diesen Dingen lernen, daß sie sich vergebens auf das Wohlwollen ihrer Arbeitgeber verlassen. Auch sie kann nur eines in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen vorwärts bringen, wie es die übrige Arbeiterchaft vorwärts gebracht hat: Der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation.

* Ausführsteigerung in der Lackindustrie.

Vor noch nicht so langer Zeit konnte man öfters das Urteil hören, daß die deutschen Lackfabriken nicht in der Lage wären, einen Erfolg für englische Lackfabriken zu können. Diese Ansicht kann heute nicht mehr aufrecht erhalten werden. Heute sind die deutschen Lackfabriken in der Lage, Ebenbürtiges zu leisten.

Jahr	Menge in Doppelzentnern	Wert in Mark
1906	27 743	3 921 000
1907	27 308	3 179 000
1908	29 068	3 756 000
1909	34 038	4 235 000
1910	49 532	5 637 000
1911	51 867	5 918 000
1912	54 620	6 314 000

Die Ausführungsmenge stieg in sieben Jahren um rund 100 Prozent, der Wert der ausgeführten Waren in der gleichen Zeit um 117 Prozent. Der Wert der Ladefabrikation noch erhebliche Summen verdient werden, ist eine altbekannte Tatsache.

Die Ausführungsmenge stieg in sieben Jahren um rund 100 Prozent, der Wert der ausgeführten Waren in der gleichen Zeit um 117 Prozent. Der Wert der Ladefabrikation noch erhebliche Summen verdient werden, ist eine altbekannte Tatsache.

nen Karl. Ein äußerst lukratives Geschäft, wenn in Betracht gezogen wird, daß im Jahre 1909 den Aktionären durch eine obliquäre Verwässerung 14,32 Millionen Mark geschenkt wurden. — Nach 1 007 657 Mk. für Abschreibungen erzielten die Kärtigerwerke in Berlin 3 026 289 (2 809 052) Mk. Reingewinn. Die Dividende wird von 12 auf 12 1/2 Prozent erhöht. — Der Reingewinn der Hüttiger-Waldbauhaus A.-G. in Berlin stieg von 281 441 Mk. auf 284 021 Mk. Es werden 10 Prozent Dividende verteilt. — Die Alltagsgesellschaft für Zerpapier- und Leimfabrikation in Wuppertal verzeichnet eine Steigerung des Reingewinns von 240 163 Mk. auf 309 648 Mk. Die Dividende beträgt wieder 10 Prozent. — Bei der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik in Mannheim, deren 3 Millionen Mark Aktien sich im Besitz weniger Familien befinden, schließt das Jahr 1912 mit einem Reingewinn von 2 635 214 (2 490 778) Mk. ab. Die 30prozentige Dividende erfordert 900 000 Mk., die Lantienen 788 458 Mk. — Die Frankfurter Wollwäckerwerke vormals Ludwig Wertheim in Frankfurt-Niederrad erzielten 1912 einen Reingewinn von 31 712 Mk., der zuzüglich Vortrag auf 44 394 Mk. steigt. Im vorigen Jahre war Verlust vorhanden. Der Reingewinn wird zur Bildung eines Reservefonds, zu Neuanschaffungen usw. verwendet. Dividenden werden nicht verteilt.

Gegnerische Gewerkschaften.

Nochmals der Tariffschwindel der „Christen“.

Zum zweiten Male müssen wir dem unangenehmen Geschäft obliegen, die geradezu unerhörten Schwindeleien der „Gewerkschaftsstimme“ in Sachen des veröffentlichten „christlichen“ Tariffabschlusses in den Maggikwerten zurückzuweisen. In ihrer Nr. 20 dreht und windet sie sich beim Artikelsschreiber, der die Gladbacher Jesuitenschule nicht ohne Erfolg absolviert hat, um „Wahrheit in Fretum“ zu gestalten. Das ist ihm auch in reichlichem Maße gelungen, denn ein Schwindel reißt sich an den andern und nur mit einem Gefäß des Tiefs kann man sich an die Verblüffung desselben heranmachen. Da wird zunächst geschrieben, daß diese Mütter — „Proletarier“ und „Vollmacht“ — ihrem Unmut über den „Tariffabschluß“ Ausdruck geben. Wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätten wir bereits im Februar dieses Jahres diesen Tariffschwindel der Öffentlichkeit übergeben können. Das Heidentum, das die christlichen Führer aber liefern, erziehen uns so unjagbar dumm, daß wir es nicht der Mühe wert hielten, ohne Grund auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Den Grund, warum wir nicht schwiegen, gab der durchaus verlogene Bericht, welcher nach zwei Monaten in der „Gewerkschaftsstimme“ erschien. (Sont brauchen diese Herren in der Regel nicht so lange, um irgendeinen Schwindel zusammenzubrauen.) Wir haben bereits in Nr. 19 erklärt, daß es eine echt „christliche“ Lüge ist, wenn behauptet wird, die nicht „sozialdemokratisch“ organisierten Arbeiter seien durch den Tarif benachteiligt gewesen. Wir haben Beweise verlangt! Anstatt diese Klipp und Klar zu liefern, bringt der Wahrscheinlichkeitsapostel eine neue Verleumdung. Er schreibt: „Die nachgewiesene ist (?), haben die Mitglieder des Ausschusses die Verteilung von Wählzettel christlich organisiert oder unorganisierten Arbeiter abgelehnt mit der Motivierung, daß sie beschweren und Wählzettel nur von Mitgliedern der „frei“ Organisierten vertreten könnten.“ Den Beweis dafür schiebt sich der „Artikelverbrecher“. So wird dreist und gottesfürchtig eine Lüge und eine Verdächtigung auf die andere gesetzt. Es sollen Versammlungen im Betriebe abgehalten worden sein, in welchen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten Vorträge hielten! Aus einer solchen, zu welcher in letzter Stunde auch der christliche Sekretär wollte, aber nicht „konnte“, werden mehrere gemacht. Und diese Versammlung war deshalb notwendig, weil anlässlich einer Sitzung, in welcher die Kompetenz des Arbeiterratsausschusses in Anwesenheit der Generaldirektion erörtert wurde, sich die Notwendigkeit herausstellte, die gesamte Arbeiterschaft über das Wesen der Arbeiterratsausschüsse und ihre Aufgaben zu informieren. Diejenige Zustände umgie nach Ansicht des christlichen Artiklers gesteuert werden. Und der Sekretär Kuhn wollte doch am 13. November 1912 auch in die Versammlung! Oder wollte er sie verhindern? Zu was braucht man auch die Arbeiterschaft in solchen Fragen aufzuklären; es ist doch für die christlichen Verleumder viel besser, wenn die Arbeiter in Unwissenheit erhalten bleiben. Deshalb wollen die „Christen“ diesen Zuständen steuern. Die „vorne Verbände“ sollen dem Bestreben auf Abschluß des „christlichen“ Tariffabschlusses Widerstand entgegenzusetzen haben. Gelogen wie gedruckt! Das weiß der Bruder auch, deshalb folgt im nächsten Satz eine allgemeine Verdächtigung bezüglich der Agitations- oder Heiligtümer. Sonst und Konventionen seien so oft in Singen gewesen und hätten die Diktation bestimmt. Wir fragen zurück: Warum schwindeln die Artikler und Konventionen so gewissenlos? Und was die nichtsnutzige Anspielung auf Verpöbeln von Arbeiterratsausschüssen anbelangt, genügt jedenfalls der Hinweis, daß der christliche „Augsburger Verband“ im Jahre 1911 für Agitation 55545 Mk., pro Kopf 435 Mk., und für Reise-, Arbeitslojen- und Krankenunterstützung 38138 Mk., pro Kopf 242 Mk., ausbezahlt. Und diese Sorte Leute will von Verpöbeln von Arbeiterratsausschüssen reden! Wer hat denn die Heiligtümer usw. für Tummel und Kuhn bezahlt, die anlässlich der Tariffabschreiberei entstanden sind? Kommt das aus eigener Tasche?

Zum Nachen reißt dann aber trotz der vorausgegangenen bodenlosen Verlogenheit der Satz: „Entscheidend ist das Jugendumis in den beiden Blättern, daß Herr Julius Maggi anlässlich des Abschlusses des Vertrags mit den rauen Verbänden im Jahre 1911 die gesamte Gewerkschaftsbewegung, also auch die christliche, als eine Kulturbewegung bezeichnet hat. Nach dem genannten Vorwort der Ausführungen dieses Herrn zu schließen, trifft die Bezeichnung nicht für die sozialdemokratischen, sondern für die christlichen Gewerkschaften zu.“ „Entscheidend ist die christliche Gewerkschaft gemeint, in der Nr. 17 der „Gewerkschaftsstimme“ war es die „sozialdemokratische“. Das ist denn doch zum Eindeutigen! Wir hätten die bedruckte Unwahrheit nicht geglaubt. Nein! wir haben den „Bruder in Christo“ bei seinen letzten Sätzen etwas unvorsichtiger am Dyrachsel genommen, deshalb wird jetzt das Unreue so überst gelacht.

Es hätte sich bei dem Vertragsabschluß nicht um Lohnforderungen gehandelt, sondern um die Mitglieder der rauen Verbände zu befreien. Warum wollten dann die Herren Führer der Schwarzen die „schwarzen“ Kraft bis 1. Januar 1912 in der Abhängigkeit haben? Dieser Punkt wird umgangen, genau wie die verlogene Verleumdung. Woher darüber gar nichts zu sagen? Scherzhaft kommt es wieder die Behauptung, daß bei der Festsetzung der gegenwärtigen Löhne in der Maggi der „sozialdemokratische Verband“ nicht mehr und nicht weniger zu sagen hatte als der christliche. Dabei muß der „Christ“ ganz gut, daß dreimal Verhändlungen stattfanden und die letzte einen Vor- und Nachvertrag in Aussicht nahm. Zwei Sätze vorher wird behauptet, die Christen hätten 1911 keine Mitglieder im Rathe gehabt, und dann wieder hatten sie bei der Lohnhöhe genau das zu sagen, wie die „sozialdemokratischen Verbände“. Kein die Sache ist so: Als die Verhandlungen stattfanden, die sich mit der Tariffrage befaßten, da war es der ganze schwarze Blätterwald vor uns, der über uns herfiel und uns Gezeret vormar, und als es dann, wider Erwarten auf schwarzer Seite, zum Abschluß kam, verstanden sie es so ganzschamlos, als hätten es die „Schwarzen“ gemacht. (Wohl „Euzener Zeitung“ vom 10. November 1911.) Die haben damals aber wichtiger Arbeit, denn am Tage des damaligen Abschlusses mußte der Singener Sekretär Nacharbeit für das Zentrum verrichten.

Das nächste Stück liefert sich über der christliche Schreiber ... in folgenden: Die „Gewerkschaftsstimme“ Nr. 17 erzählt, daß der christliche Sekretär bei der Diktation von den Gewerkschaftsverbänden als „Kanzlist“, „Kanzlist“, „Kanzlist“ usw. bezeichnet worden sei. Wir haben schon erwähnt, daß die Diktation auf Anträge des als Unwahrheit bezeichneten geht. Und nun liefert der Schreiber: „Das Blau vom Generalverbandsrat (Stimm, Stimmt) sollen die Christen haben (es hat's nur ein Gewerkschaft gemacht), weil sie sagen, der Kanzlist der christlichen Verbände ist bei der Diktation der Maggi als „Kanzlist“ usw. bezeichnet worden. Bestimmt sind die Herren Gewerkschaften in der Lage, Anträge zu geben, in welche Hände ein in Mannheim am 23. Februar angegebener, an Herrn Arbeitersekretär Ding in Singen abgemachter Brief gelangte. Der ganze Brief lautet dann, diesen Brief zu prüfen? usw.“ Der Brief soll an die richtige Adresse gelangt, mit den angegebenen Bemerkungen versehen, der Diktation der Maggi zugestellt worden sein. Dies können nur die „Gewerkschaftsverbände“ genau haben, so stellt es dieser gewissenlose Verleumder hin. Als solche betrachten wir den Schreiber des

Artikels so lange, bis er den Beweis für seine Behauptungen erbracht hat. Wir wollen warten, aber diesen Vorwurf auf sich sitzen läßt. Weil die Sekretäre in Mannheim am 28. Februar jedenfalls nicht wußten, was sie taten, vielleicht im Tremens waren, werden die verhassten Verbände als Spitzbuben verdächtigt. Das bringen nur Leute fertig, deren Scham zu den Hundes gestochen ist.

Eine ganz elende Verdrehung ist es auch, aber nach dem Vorhergegangenen nicht mehr verwunderlich, wenn der Edelstein nun noch schreibt, daß es die gleiche sozialdemokratische Moral wäre, wenn behauptet werde, die Christen hätten die feinerzeitigen Auslassungen des Herrn Julius Maggi als Schwindel hingestellt. Wir haben den Schlußsatz des ersten schwarzen Artikels wörtlich zitiert, in welchem es heißt, daß die Verhandlungen ergeben hätten, „daß die gesamte von sozialistischer Seite aufgestellten Behauptungen über die Stellung der Maggi-Werke zu den Arbeiterorganisationen sich als Schwindel herausstellten.“ Was aus diesem Satz herausgelesen werden kann, ist doch nichts anderes als was der Wortlaut besagt. Und diese Feststellung wird als „sozialdemokratische Moral“ bezeichnet. Diese Jesuiterei steht doch einzig da, wird aber denkende Leute nicht täuschen können. Schwindel, sogar höherer Schwindel, sonst nichts. Das letztere trifft auch auf die „Singener Zeitung“ zu, die am 8. Mai in ihrem „Nachtspionierartikeln“, um ihre eigenen Worte zu gebrauchen, sich in gleichen Verdrehungen löste. Wenn dann zum Schluß noch von traurigem Mute des Artikelsschreibers gesprochen wird, der die Singener Arbeiter dumm und rückständig geschimpft hätte, so ist eben dies auch eine christliche Lüge. Die Augsburger Christen haben eben mehr Mühen auf Lager als Geld in der Kasse. Die übrigen schoddrigen Bemerkungen schenken wir dem Christen. — So, nun waschen wir die Hände.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Aussperrungen bestehen in Brandenburg a. d. Havel (Sägewerk); Bremen; Breslau (Dachpappenfabrik); Darmstadt (Kammfabrik Schläger u. Voss); Frankfurt a. M. (Textilfabrik); Hamburg (Chemische Fabrik); Heilbrunn (Biegelei); Kolberg; Lauf a. d. Pegnitz; Leipzig; München (Batteriefabrik); Orlau (Chemische Fabrik); Osnabrück; Rheinsberg i. d. Mark; Stettin (Kaffeezurrogatfabrik, Kunstseifenfabrik); Wunsiedel.

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Vielefeld.** Erfolgreiche Lohnbewegung. Der gemischten Fabrik F. H. Busch, Brackweide, wurden am 2. Mai d. J. Wünsche unterbreitet auf:

1. Erhöhung des Stundenlohnes von 33 auf 40 Pf.;
2. die Abbrändeabfahrer mit in diesen Stundenlohn einzubeziehen;
3. die Alfordhaje zu befestigen;
4. Überstunden mit 10 Pf. Aufschlag zu bezahlen und
5. einen Arbeiterratsauschuss einzusetzen.

Auf die Eingabe des Verbandes erfolgte zunächst keine Antwort. Bei einer telephonischen Anfrage erklärte dann der Inhaber Herr Dr. Koll, daß er es nicht für notwendig halte, mit Dritten zu verhandeln. Auch mit einer Kommission der Arbeiter wollte er in Gegenwart des Organisationsvertreters nicht verhandeln. Es ist der alteberrante Herrnhäuser-Standpunkt. Herr Dr. Koll sah aber wohl ein, daß die Lohnverhältnisse nicht mehr der Neuzeit entsprachen. Sämtliche Forderungen der Arbeiter, bis auf die Bezahlung der Überstunden, wurden nach zweimaligem Verhandeln bewilligt. Damit sind die merkwürdigen Alfordhaje gefallen, die den Arbeitern zwar keine Nachprüfung ermöglichten, aber der Begünstigung des einen oder anderen Tür und Tor öffneten. Die Arbeiter haben jetzt einen Mehrverdienst von 30 bis 70 Pf. pro Tag. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Organisation noch jung ist im Betriebe, muß dieser Erfolg als gut bezeichnet werden. Ihn sich zu erhalten und für weitere Besserstellung der Verhältnisse in den gemischten Fabriken zu wirken, muß jetzt Aufgabe aller Mitglieder sein. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Backpulverfabrik Dr. A. Dettler sowie auch der Papierfabrik G. F. Halbsol besonders mögen aus dieser Bewegung lernen, daß Treue zur Organisation noch stets den Erfolg brachte.

— **Aktion, Wachsstockbruder!** Der Verband der Tapeten, Wachsstock- und Linoleumbänder Deutschlands erjucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: In Frieda a. d. Berra (Kr. Schwiege) haben die organisierten Wachsstockbruder der Firma Gebr. Holzappel ihre Kündigung eingereicht, weil ihrem Wunsch, die Lohnverhältnisse zu verbessern, in keiner Weise nachgekommen wurde. Es bestehen dort noch Wochenlöhne von 18 und 19 Mk. Wir können es daher begreiflich finden, wenn es der Unternehmer nicht gern sieht, daß sich seine Arbeiter organisieren, um durch den Zusammenschluß diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Wir erjuchen daher, Zugung nach Frieda streng fernzuhalten.

Aufnahme des Geschäftsbetriebes der „Volkshilfe“.

Unsere Freunde teilen wir hierdurch mit, daß die Anmeldung zur Eintragung der „Volkshilfe“, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Gesellschaft, in das Handelsregister in Hamburg am 17. Mai erfolgt ist. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes, d. h. die Erhebung von Prämien für abgeschlossene Versicherungen wird in allen Orten, in welchen durch die künftigen Instanzen, das Gewerkschaftsamt und die Verwaltung des Konsumvereins, die nach dem Organisationsplan notwendigen Vorbereitungen getroffen werden sind, am 1. Juni erfolgen.

Die Werbearbeit für die „Volkshilfe“ dagegen beginnt schon im Monat Juni mit der Verbreitung eines vom Vorstand der „Volkshilfe“ herausgegebenen Flugblattes und der Prospektive über die Versicherungsarten von Haus zu Haus durch die am Orte bestellten Vertrauenspersonen. Diese haben die Pflicht, nach der Verbreitung des Flugblattes überall nachzufragen, ob der Abschluß einer Versicherung für irgend ein Mitglied der Familie, Mann, Frau oder Kinder, gewünscht wird. Die Vertrauensleute erhalten durch die örtlichen Rechnungsführer Bücher, in welchen sämtliche Tarife der „Volkshilfe“ abgedruckt sind, um an Hand derselben jedem Versicherungsnehmer die gewünschte Auskunft geben zu können, außerdem Antragsformulare und Quittungsbücher für das zu erhebende Eintrittsgeld.

Nur den Vertrauensleuten der „Volkshilfe“ wird deren Aufnahmematerial verabsolgt; die Quittungen für das bei der Antragstellung zu entrichtende Eintrittsgeld von 1 Mark tragen die Unterzeichneten der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Wir erjuchen nunmehr, den Aufbau der Organisation in allen Orten, in welchen dies nicht bereits geschehen ist, zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß die systematische Werbearbeit in Angriff genommen werden kann. Die bestellten Rechnungsführer wollen uns sofort über die Anzahl der für ihren Bezirk erforderlichen Flugblätter und Prospektive Mitteilung machen.

Der Vorstand der „Volkshilfe“.
A. von Elm. Fr. Reiche.

Verbandsnachrichten.

Protokoll vom Kalbtag.
Die Protokolle vom ersten deutschen Kalbtag sind erschienen und können zum Preise von 40 Pf. an unsere Mitglieder abgegeben werden. Wir bitten um Bestellungen der gewünschten Anzahl.

Statistik. — Graue Karten.

Für Monat Mai sind die grauen Karten bis zum 4. Juni einzuliefern. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 31. Mai.

An die Unterstützungszahler.

Wir haben wiederholt beobachten müssen, daß besonders den reisenden Kollegen trotz längerer Beitragsrückstandes wohl Unterstützung ausgezahlt, die rückständigen und laufenden Beiträge aber nicht abgezogen wurden.

Wir machen deshalb auf die Bestimmung des § 12 unseres Statuts aufmerksam und ersuchen die Auszahler aller Unterstützungen, besonders aber des Reisegeldes, darauf zu achten, daß die Bücher in Ordnung sind und die Beiträge laufend entrichtet oder von der Unterstützung in Abzug gebracht werden.

Ausschreiben.

Der Vorstand hat beschlossen, die Stelle des Agitationsleiters für die in der Zellstoff- und Papierindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zur Bewerbung auszusprechen.

Die Bewerber müssen praktisch in der Papierindustrie tätig oder vor nicht allzu langer Zeit tätig gewesen sein.

Das Bewerbungsschreiben hat zu bestehen in der Schilderung des Lebenslaufs und der bisherigen agitatorischen Tätigkeit. Alter und Datum des Eintritts in den Verband sind mit anzugeben.

Ueber folgende Themen ist eine Arbeit mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzuliefern:

1. Wie ist die Agitation unter den Arbeiterinnen und Arbeitern der Zellstoff- und Papierindustrie zu betreiben?
2. Die Organisation der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Zellstoff- und Papierindustrie, und wie ist diese am besten zu fördern?
3. Der Herstellungsvorgang von der Zellulose bis zum verarbeiteten Papier.

Die Bewerber müssen zur Anfertigung druckfähiger Arbeiten über Organisations- und Agitationsfragen und zur Haltung von Vorträgen befähigt sein.

Das Anfangsgehalt ist 2200 Mk., steigend jährlich um 120 Mark bis zum Höchstgehalt von 3000 Mk.

Die übrigen Anstellungsverhältnisse regeln sich nach den Beschlüssen des Verbandstages zu Dresden.

Hannover, 26. Mai 1913.
Für den Vorstand: A. Frey, Nikolaistraße 7.

Vom 20. Mai an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Mannheim 1000,—, Tilsit 750,—, Geseffacht 500,—, Wittenberge 400,—, Neuhaldensleben 100,—, Gehr 400,—, Nabeberg 1000,—, Pries 700,—, Kalbe 600,—, Zeitz 300,—, Westerland 300,—, Fiddichow 125,—, Weimar 50,—, Burgen 250,—, Stahlfurt 1100,—, Stuttgart 1000,—, Königberg 500,—, Karlsruhe 300,—, Rye 300,—, Galtrow 70,37, Elbing 470,—, Dresden 3000,—, Frankenthal 500,—, Rostock 400,—, Dyrbus 200,—, Lauf a. P. 11,—, Gamseln 125,—, G. 2,20, Parchim 500,—, Gartha 1000,—, Plauen 500,—, Köthen 400,—.

Schluß: Montag, den 26. Mai, mittags 12 Uhr.
August Riemeyer.

Die Abrechnung für das erste Quartal 1913 hat eingekassiert:

Nachen.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen
Hinterwalde. 10 Pf. pro Mitglied und Woche.
Grabow i. M. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstellen
Grabow i. M. Valentin Stawitschki, Buch-Nr. 257 077, Heinrich Aker, Karten-Nr. 324 667, Karl Siebert, Karten-Nr. 324 668.

Wunschwitz. Ignaz Nawrot, Buch-Nr. 521 745, August Kirchnermann, Buch-Nr. 479 754, Hermann Freye, Buch-Nr. 464 906.

Vertorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
353 388	Bernhard Lindner	15. 11. 70	23. 2. 09	Lungenau
480 029	H. W. Kriele	18. 7. 77	18. 2. 11	Bremen
356 263	August Kruse	26. 6. 89	8. 2. 09	Garburg
497 992	Fritz Rabe	28. 2. 94	26. 6. 11	Hannover
420 130	Heinrich Köhrsen	18. 12. 72	7. 8. 10	Hortorf
396 513	Soß. Georg Bach	3. 12. 77	4. 5. 10	Hanau
393 869	Franz Wittschel	10. 10. 67	4. 7. 05	Rienburg, W.
Karten-Nr.				
248 643	August Wolß	8. 10. 82	31. 3. 12	Weißwasser
214 139	Hermann Schulz	16. 11. 49	1. 8. 12	Hedersdorf
293 885	Richard Dreh	18. 10. 78	9. 2. 13	Darmstadt
303 592	Friedrich Rättinger	25. 9. 76	23. 12. 12	Schwefelberg
321 005	Johann Heinz	3. 3. 87	17. 2. 13	Hamburg
282 119	Anna Gräbe	20. 3. 94	1. 12. 12	Bitterfeld
317 216	Paul Biderow	2. 7. 90	11. 4. 13	Berlin

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Aubernaß. Matthias Spitzay, Untere Fischerstraße 9.
Sagen. Georg Kornemann, Oberhagen, Starstraße 3.
Remel. 1. Bevollmächtigter: Johann Galdis, Buchargenstraße 8. Geschäftsführer: H. Hesselbarth, Wäckerstr. 5/6.
Scherbichen. Wilhelm Klemm, Triftstraße 4a.
Plauen i. D. 1. Bevollmächtigter: Otto Prager, Bärenstraße 37. Geschäftsführer: Karl Schütz, Gewerkschaftshaus, Paulstraße 95, 1. Et.
Wetzlar. Heinrich Dillen, Gewerkschaftshaus.
Wetzlar. Wilhelm Raschke, Senftenberg, Noonstraße, Ecke Neue Straße.
Burgen. 1. Bevollmächtigter: Richard Wicht, Crostigaß 28. Geschäftsführer: Johann Bonisch, Bureau: Querstraße 15.

Chemische Industrie

Vereinshaus und Vereinsblatt der B. A. S. F.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik läßt sich die Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung etwas kosten. Sie zählt den Werkvereinsmitgliedern nicht nur die Jahresbeiträge, sondern hat ihnen auch ein Vereinshaus errichtet, das kürzlich unter bombastischen Professorenreden und Gesangsbeiträgen sowie einer an Hundebemut erinnernden „Dankesrede“ des Werkvereinsvorsitzenden Morlock eingeweiht wurde.

Mit der Errichtung des Vereinshauses hatte die Direktion eine Einrichtung der Elberfelder Farbwerke kopiert. Dabei sollte es aber kein Nebenbei sein. Zur Gehirnverfeinerung gehört auch geistige Kultur. Auf der Suche nach einer zweckentsprechenden Einrichtung stieß die Direktion auf das Werkblatt der Elberfelder Farbwerke, „Die Erholung“. Eins, zwei, drei, Geschwindigkeit ist keine Fregerei! Getreulich nachgeklont erschien im Monat April das „Vereinsblatt“, ein Preßzeugnis, das in der Hausdruckerei der B. A. S. F. hergestellt und von einem Herrn Feinrich kurz im Sinne der Direktion rebigiert wird.

Das Blättchen soll allmonatlich erscheinen, die gegenseitige Fühlungnahme großer „Massen“ erleichtern, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Werkvereinsmitglieder stärken und „gemeinsame Interessen“ pflegen. Es soll Belehrung, Aufklärung, Anregung und Freude bringen und ein festes Band um alle schlingen, „welche mit der Fabrikleitung eines Sinnes sind“. Ueber alles Wissenswerte, aber alle wichtigen Vorgänge in der Fabrik, soweit sie für die Allgemeinheit von Interesse sind, soll berichtet werden. „Der Politik in jeder Form bleibt unser Blatt verschlossen.“ Der Ton des Blattes soll „echt proletarisch“ sein. Soweit über das Programm des „Vereinsblattes“.

Das Programm redet von der Pflege „gemeinsamer Interessen“. Darunter ist zu verstehen das Interesse der Aktionäre und der Arbeiter. Daß bei der Pflege gemeinsamer Interessen die Interessen der Aktionäre in erster, die der Arbeiter in letzter Linie kommen, ist nach der seither gehandhabten Praxis selbstverständlich. Nur Toren können glauben, daß das von der B. A. S. F. ausgehaltene Vereinsblatt und von der Firma ausgehaltene Werkverein die Interessenvertretung der Arbeiter zum Zweck haben. Zu dem Wissenswerten, das die Allgemeinheit interessiert, gehört z. B. auch die Mitteilung der Jahresbilanz des Werkes in ihren Einzelheiten. Wir werten hundert gegen eins, daß die Veröffentlichung im „Vereinsblatt“ nie erfolgen wird. Die Schriftleitung, resp. die Anilinfabrikdirektion schämt die Leser des Vereinsblattes recht tief ein, sonst würde sie nicht erklären lassen, daß das Blatt für Politik in jeder Form verschlossen bleibt, zumal gleich einige Seiten später die Festreden von Professor Müller und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Glaser vor Angriffen auf die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie strogen.

Treffend für die Einschätzung der geistigen Fähigkeiten der Werkvereinsmitglieder ist auch das Motto des „Vereinsblattes“.

Wo jeder froh an seiner Stelle
Getreu am großen Werke schafft,
Da wird die Arbeit auch zur Quelle
Des Glücks, des Wohlstandes und der Kraft!

Den bis über den Köpfen harbierten Werkvereinsmitgliedern möchten wir einmal den Rat geben, in ihrem Haushalt Umschau zu halten, ob durch ihre „frohe“ Arbeit in der Badischen Anilin- und Sodafabrik „die Quelle des Glücks, des Wohlstandes und der Kraft“ für sie schon geflossen ist. So viel Phrasen, so viel Lügen! Die Arbeit der Werkvereinsmitglieder, überhaupt der gesamten Arbeiterschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik, hat nur den Aktionären Glück, Wohlstand und Kraft gebracht. Als aber die Arbeiter teilweise zur richtigen Erkenntnis dieser Tatsache kamen und für sich den Anteil an Glück, Wohlstand und Kraft forderten, wurden sie brutal zurückgewiesen, aufs Pfaster geworfen. Um in Zukunft solche unangenehme Situationen zu vermeiden, kauften sich die Anilindirektoren, die Interessenvertreter der Aktionäre, einige Leute, die den Arbeitererrat organisierten. Der gelbe Werkverein soll dafür sorgen, daß unter dem Anschein herablassender Direktorenvollständigkeit die Interessen der Aktionäre umso gründlicher gewahrt werden.

Daselbe zeigte sich auch in den Festreden bei der Einweihung des „Vereinshauses“, über die das Vereinsblatt berichtet. Der Charakter eines solchen Festes ist in Berichten von Kriegervereinsfeierlichkeiten schon oft geschildert worden. Jemand ein Akademiker, sei er nun Hauptmann oder Professor, macht in Volkstümlichkeit, bekämpft den Drachen Umsturz, heulmetert über den Terrorismus der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, fordert im Interesse der bedrückten Märtyrer Schutz für diese und das Unternehmertum und bringt, damit der nötige patriotische Schwelz nicht fehlt, ein Hoch auf den fürsorglichen Landesvater aus. Schon Wochen vorher läuft dann der im Namen der eingelassenen Arbeiterschaft dankende Vertreter mit einer auswendig gelernten Rede schwanger, bis endlich der „ergreifende Moment“ ihn in mehr oder weniger glücklicher Weise von seiner Schwangerschaft erlöst. Um den ganzen Kummel herum sieht das Publikum, das zum größten Teil die Neugierde oder der Zwang zur Teilnahme an der Feierlichkeit getrieben hat, und zollt, weil es so üblich ist, den notwendigen Beifall. Ist das Fest verlaufen, so stellt sich der Katerjammern ein. Die schönen Versprechungen der Redner werden zu Wasser, zerfließen in nichts vor der rauhen Wirklichkeit.

In Volkstümlichkeit machte bei der Einweihungsfeier Direktor Müller. Er wußte nicht genug von dem Terrorismus und der Unbuddsamkeit der gewerkschaftlichen Organisationen zu schildern. Es sei schließlich ein Gebot der Selbsterhaltung gewesen, daß die Gründung des Werkvereins, der auf 4600 Mitglieder angewachsen sei, erfolgte. Wenn der Redner nur die Hälfte der Verwünschungen zu hören bekäme, die die Zwangsgelben über die Existenz des Werkvereins verlauten ließen, würde er anderer Meinung über die Terrorisimuslegende der freien Gewerkschaften sein. Die Gründung des Werkvereins war nicht ein Gebot der Selbsterhaltung der Arbeiterschaft, sondern im Interesse des Unternehmerprofits notwendig, daran ändern alle Terrorisimusmärchen nichts.

Nach den Anschauungen Müllers ist die wirtschaftliche und geistige Hebung der Werkvereinsmitglieder das Ziel des Werkvereins. In jeder Hinsicht soll der Verein von der Direktion unterstützt werden. Wie das erfolgen soll und welche Gegenleistungen den Gelben aufgebürdet werden, bleibt abzuwarten. Besondere Pflege soll die Geselligkeit erfahren. Das ist billig und bequem. Besondere Erwähnung erfahren die sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen, die von früheren Direktoren gestiftet worden sind. Daß das nicht in uneigennützig Weise geschah, ist für jeden Denkenden klar. Wobei noch erwähnt werden soll, daß manche Einrichtung, die man heute als Wohlfahrt preist, eine Folge unsrer Kritik ist. Es gab eine Zeit, wo die Anilinfabrikarbeiter im Schauffeegraben ihr kargliches Mittagmahl einnahmen, und wenn die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Presse nicht mit ihrer Kritik eingegriffen hätten, würden manche Wohlfahrtsvereinigungen nicht existieren. Der brave, fleißige Arbeiter, so erklärt Müller, darf wohl unter den bei uns (der B. A. S. F.) bestehenden Verhältnissen seine Lage als eine gesicherte betrachten und vertrauensvoll und in Ruhe der Zukunft entgegensehen. Was Müller unter dem Begriff eines braven und fleißigen Arbeiters versteht, bleibt sein Geheimnis. Damit aber die Volkstümlichkeit so recht zum Durchbruch kam, gedachte der Redner auch der Tätigkeit der Arbeiter, die neben Kaufleuten und Chemitern mit dazu beigetragen haben, daß das Werk zu solcher Höhe gelangte. Herr Müller vergaß ganz, auch der Tätigkeit der Aktionäre zu gedenken, die doch, da sie besonders gut honoriert werden, auch bedeuten können muß. Oder sollte Herr Direktor Müller auch unsrer Ansicht sein, daß die Tätigkeit der Aktionäre nicht erwähnenswert ist, weil sie überhaupt nichts geleistet haben?

Herr Müller empfahl den Arbeitern, Achtung vor bestehenden staatlichen Einrichtungen zu haben; außerdem sollten sie redlich und treu ihre Pflicht erfüllen. Sie würden dadurch mehr Befriedigung finden, als wenn sie das Bestehende mißachten und dem Werben derjenigen folgen, denen Ideale, Autorität und Pietät leere Begriffe sind. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben nun Begriffe für Ideale, Autorität und Pietät, sie kann Herr Müller nicht gemeint haben. Wohl aber treffen seine Worte auf das Unternehmertum zu, das solche Begriffe vor lauter Profitgier in den Boden stampft. Wenn Herr Müller sich bei dieser Gesellschaft wohl fühlt, so ist das seine Sache. Er mag dann aber auch seine Fuchsprädigten unterlassen.

Nach Herrn Müller bestieg der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dr. Glaser, das Rednerpult. Auch er hat sein Schäfchen — und ein recht großes dazu — ins trockene gebracht. Herr Glaser hieß in Müllers Rede, erzählte, wie infolge des Terrorisimus die Abwehr durch den Werkverein sich notwendig machte und erklärte: „Sie (die Werkvereinsler) wollten dem Arbeiter das Recht wiedergeben, in friedlichem Zusammenwirken mit der Geschäftsleitung die gemeinsamen Interessen zu wahren. Nur durch Zusammenschluß zahlreicher Mitglieder war es möglich, erfolgreich der Partei entgegenzutreten, die das Einzelrecht des Arbeiters und die freie Selbstbestimmung verneint.“

Die Weltfremdheit, die Herr Glaser gegenüber der richtigen Interessenvertretung der Arbeiter sowie der Anschauung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bezüglich der persönlichen Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts an den Tag legt, ist erstaunlich. Wenn irgend jemand persönliche Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter mißbraucht und mißachtet hat, dann war es die Direktion der Anilinfabrik. Es sei nur an die Auflösung des Arbeiterausschusses erinnert. Freilich das Einzelrecht und die Selbstbestimmung, die Herr Glaser meint, besteht darin, daß jeder Arbeiter um Lohnzulage persönlich vorzusprechen habe, daß jeder Arbeiter täglich so lange arbeiten könnte, wie es ihm beliebt. Für diese echt nationalliberale und manchesterliche „Freiheit“ werden sich schließlich auch die Gelben bedanken. Müßten doch einige von der gelben Couleur die Erfahrung machen, daß man ihnen, als sie mehr Lohn forderten, einfach das Loch wies, das der Zimmermann gelassen hatte.

Hierauf wurde auch Herr Glaser vollstündlich. Er erzählte, daß die Direktoren trotz ihrer großen Arbeitslast, die mit dem Schichtwechsel der Arbeiter nicht beendet ist, es mit als ihre größte Sorge betrachteten, für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Demnach haben sie also noch größere Sorgen, die darin bestehen, daß sie alljährlich die nimmerfatten Aktionäre befriedigen. Herr Glaser legte dann aus seinen privaten Mitteln — wo sie herkommen, besonders wieviel davon als Dividende der B. A. S. F. in Betracht kam, berichtet er nicht — den Grundstein zur Witwen- und Waisenerziehung für gelbe Werkvereinsmitglieder. Dann traten die Bratenröcke des Arbeitergesangsvereins der B. A. S. F. in Aktion. Als die nötige Fußbestimmung mit der Jubel-Duvellüre von Weber erzeugt war, trat der mit der Dankesrede seit Wochen schwanger gehende Arbeiter Morlock in Aktion. Mit Phrasen wie: Liebwerte Festversammlung! Liebwerte Mitglieder! Hochzuberechrende Herren Vertreter der Direktion und des Aufsichtsrates der B. A. S. F. ging er an die Dankesabkantung. Er betonte, daß der Werkverein seine Tätigkeit nicht in politischer Agitation sehe (Wers glaubt, zählt einen Taler! D. W.), sondern in wirklichem Nutzen der Mitglieder. Seit Bestehen des Vereins habe der gelbe Verein 115 000 Mark an Unterstützungen ausgezahlt. Er vergaß allerdings hinzuzufügen, daß die B. A. S. F. ihm erst die Mittel zur Auszahlung gab, denn die Aufbringung derselben aus den eigenen Reichen der Gelben scheiterte an dem von Direktor Müller so gerühmten „gesunden Sinn“ der Werkvereinsler. Wenn der „gesunde Sinn“ so fortbauert, dann muß die Anilindirektion noch manchesmal in den Beutel greifen.

Daß bei dem Fest die Vertreter der weltlichen und geistlichen Behörden nicht fehlen durften, wenn es sich darum handelte, den Arbeitern Fesseln zur geistigen und leiblichen Knechtschaft zu schmeißen, ist auch in der bayerischen Rheinpfalz selbstverständlich.

So haben die Anilinfabrik eine Zwingsburg und ein Blättchen zur Gehirnverfeinerung auf einmal befördert bekommen. Die Unternehmer lassen sich eben ihren Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterschaft etwas kosten. Und doch werden sie den Aufstieg des Proletariats nicht hindern. Die Zukunft wird es lehren.

× Streikbrechervermittlung durch die B. A. S. F.
Seit Wochen lämpfen die Farber in Krefeld um die Verbesserung ihrer Lage. Sie legen dabei bewundernswerte Proben ihrer Solidarität ab. Sind doch neben den direkt interessierten Unternehmern Staatsanwalt und Polizei bemüht, den Kämpfenden mit allen Schikanen die Erringung des Sieges zu erschweren.

In letzter Zeit werden aber Proben von Unternehmerversolidarität gegeben, denen aller Anspruchs auf Ehrlichkeit verjagt werden muß. Kein geringerer Betrieb, als die Weltfirma Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen am Rhein hat in diesem Kampfe die Rolle eines Streikbrechers übernommen, indem sie ihre gelben Truppen respektive Teile derselben abkommandiert, damit sie den kämpfenden Farbern die Früchte des Kampfes freitig machen sollen. Die Anilinfabrik hat nämlich den Meister Eduard Götter und die Arbeiter Friedrich Heß vom Limburger Hof, Jakob Heger von Ringenfeld und Jakob Leonhard von Albersweiler nach Krefeld geschickt. Heß hat sich schon im vorigen Jahre in Wittweida in Sachsen als Arbeitswilder betätigt und lehrte nach Beendigung des Streiks in die Anilinfabrik zurück. Vermittler dieser Arbeitswilden aus dem Arbeiterstand der Anilinfabrik ist der Vertreter der Anilinfabrik in Krefeld, ein Herr Frankensfeld, der der Anilin laufend Bericht erstatten muß über den Stand des Streiks und über das Verhalten der Streikbrecher aus der Anilinfabrik.

× Abstellung von Mißständen in der B. A. S. F.
Im „Proletarier“ Nr. 19 teilten wir mit, daß der Arbeiter Tisch in Folge zu langen Aufenthalten in einem mit anilinhaltigen Dämpfen geschwängerten Kessel vergiftet wurde. Auch wurden in der gleichen Kammer die mangelhaften Einrichtungen des Betriebsraumes Safranin der Badischen Anilin- und Sodafabrik einer Freisprechung unterzogen. Wie wir jetzt erfahren, hat die Kritik genügt. Vertreter der Staatsanwaltschaft und der Gewerbeinspektion haben den Betrieb besichtigt und wesentliche Änderungen getroffen. Diesen Fortschritt kann der Werkverein, der ja nur für die Rettung der Dividenden der Aktionäre gegründet wurde, nicht auf sein Konto buchen.

× Aus der Händholz-Industrie.
In der am 23. April in Berlin abgehaltenen Versammlung von Fabrikanten des Vereins deutscher Händholzfabrikanten wurde die Marktlage eingehend besprochen. Das Ergebnis dieses Meinungsaustausches kann man dahin zusammenfassen, daß nach einer kurzen Zeit anhaltender Belebung das Verlaufsgeheiß sich ganz merkbar abgeschwächt hat; besonders in Westdeutschland ist dies der Fall, wo bereits wieder auf Lager gedrückt werden muß, um die Maschinen voll zu beschäftigen und dadurch die Gesamtumsätze auf dem denkbar niedrigen Stande zu halten. Die von zahlreichen Händwarenfabrikanten geführten sorgfältigen Statistiken über Erzeugung und Absatz vor und nach der Händwarensteuer beweisen indessen, daß dieser bedeutendere Bedarf immer noch nicht eingetreten ist, denn sonst müßten ganz andre Absatzzahlen in den Monaten Dezember bis Ende März zu verzeichnen sein, als es tatsächlich der Fall ist. Diese bedenkliche Erscheinung am Händholzmarkt wurde nun in der Fabrikantenversammlung einstimmig auf den zunehmenden Verbrauch der Händholzerzeugnisse zurückgeführt, deren Besteuerung trotz vielfacher Versuche nach dieser Richtung immer noch nicht durchzuführen war. Zur genaueren und sachlichen Prüfung dieses Verhältnisses beschloß die Versammlung, eine Kommission zu wählen, die geeignetes Material der Reichstagsabgeordneten unterbreiten soll, um eine Besteuerung der Händholzerzeugnisse zu erwirken. Von einigen mittleren und kleineren Werken, die bei dem jetzigen Absatz ihre Rechnung nicht finden konnten, war der Antrag gestellt worden, beim Bundesrat zu beantragen, die in der seit 1. Juli 1911 gültigen staatlichen Zwangskontingenterstellung festgesetzte Arbeitsquote von 45 Prozent des Kontingentes zu erhöhen, um den mittleren und kleineren Werken ein rationelleres Arbeiten als bisher zu ermöglichen. Dieser Antrag wurde mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Marktes abgelehnt, da nach den jetzigen Bestimmungen die Lagerbestände ohne Einschränkung neben der Arbeitsquote und den auf 8% Schutzzölle verteilten Resten beim Markte zugeführt werden können und schon dadurch ein gewisses Mehrangebot bedingt wird, das sich bei einer Erhöhung der Arbeitsquote steigern müßte, wodurch der schon jetzt matten liegende Markt noch mehr benachteiligt würde, was sofort zu einer verstärkten Zurückhaltung im Einkauf Anlaß geben müßte. Aus den gleichen Erwägungen wurde auch von einer Erhöhung der Verkaufspreise bis auf weiteres abgesehen.

Bei den meisten Fabrikanten, namentlich in Mittel-, Süd- und Westdeutschland, wurden Betriebsbeschränkungen wegen Mangels an billigem Nadelholz vorgenommen. Es tritt also zu der alten Kalamität, nämlich der, daß durch die Versteigerung der Händholzer eine Verteuerung hervorgerufen wurde, vorausgesetzt eine neue Preissteigerung durch den Mangel an billigem Nadelholz ein. Wenn sich für Nadelholz kein andres Holz verwenden läßt, so werden die Händholzerzeugnisse teilweise zur Begründung der Notwendigkeit. Es hieße den Kauf am Schwanz aufzäumen, wenn die Regierung durch die Besteuerung der Erzeugnisse den Profit der Händholzfabrikanten retten wollte, wobei die Kaufpreise zu konstatieren ist, daß die Händholzfabrikanten noch nicht einmal bei 45prozentiger Kontingenterstellung genügend billiges Holz zur Fabrikation von Händholzern haben. Die Händholzindustrie wird sich von dem Schlag, den sie durch die Versteigerung erlitt, wohl nie wieder erholen können. Mag sie sich dafür bei den Vertretern im Reichstag bedanken, die sie zum Teil selbst mit gemacht und unterlügt hat.

× Langermüde. Wie man alte Arbeiter los wirft.
Ein 60jähriger, ordentlicher, fleißiger Mann hatte am 16. Juni 1912 in der Chemischen Fabrik vormals Scheibemantel, hier, Arbeit erhalten. Diese hatte er während seiner Beschäftigungsdauer zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten ausgeführt. Die Verleumdung glaubte aber, sich wegen des Alters des Arbeiters schadlos halten zu müssen. Obwohl er genau dieselbe Arbeit verrichtete wie seine jüngeren Arbeitskollegen, so erhielt er doch nicht denselben Lohn wie diese. Während die jüngeren Arbeitskollegen 3 Mk. Tagelohn für diese Arbeitsleistung erhielten, mußte sich der alte Mann mit 2,75 Mk. begnügen. Wo hier wurde das Alter zugunsten des Unternehmens ausgenutzt. Trotzdem sagte sich der alte Mann in sein Schicksal und stellte seine mühen Knochen für einen Bettelohn für seine noch länger zur Verfügung. Doch mit des Geschicks Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Ein Maschinenmeister, der wohl glaubt, den Direktorstab in der Tasche zu haben und aus diesem Grunde bei den Arbeitern nicht besonders beliebt ist, mutete dem alten Manns zu, daß er Kohlen fahren sollte, was nur junge kräftige Arbeiter tun können, weil diese Arbeit sehr anstrengend und gefährlich ist. Der alte Mann hätte gern diese Arbeit ausgeführt, wenn es seine Kräfte nur erlaubt hätten. Er weigerte sich jedoch, diese Arbeit auszuführen, weil er ganz genau wußte, daß er sie nicht ausführen konnte. Hierbei berief er sich mit Recht auf die vielen vorhandenen jungen Arbeitskräfte, welche doch eher solche Arbeit machen könnten wie er als alter Mann. Ihm wurde nun bedeutet, daß, wenn er diese Arbeit nicht machen könnte, er auch keine andre in der Fabrik behalten dürfe. Am 18. April erkrankte der Mann und war bis 26. April erwerbsunfähig. Nachdem er wieder einige Tage gearbeitet hatte, wurde er wieder krank. Am 3. Mai wurde ihm seine Entlassung, und zwar durch seine eigene Frau, die ebenfalls in dem Betriebe beschäftigt ist, von der Firma angeordnet. Man wollte jedenfalls unter allen Umständen den alten Mann loswerden. Der Herr Direktor glaubt, doch sonst sehr menschenfreundlich zu sein. Sollte er vielleicht schon mehr solcher Tricks angewendet haben, um Arbeiter hinauszubringen. Auch ein Maschinenmeister wird nicht ewig jung bleiben. Vielleicht wird es auch ihm einmal so gehen, wie dem alten Mann. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß dieses von derselben Firma geschieht. Die Arbeiter können aber hieraus lernen, wie man mit ihnen umspringt. Solange sie im Besitz ihrer vollen Arbeitskraft sind, kann sie das Unternehmertum gebrauchen. Wenn sie aber alt geworden sind, werden sie unbarmerzig aufs Straßenspflaster geworfen, unbekümmert darum, was aus ihnen wird.

× Unfall-Tote.
Explosion. Angeblich durch einen Mißbrauch wurde am 19. Mai in der Karbonfabrik in Göttingen eine Patrone zur Explosion gebracht. Ein junger Mann wurde dadurch im Gesicht schwer verletzt.

In der chemischen Fabrik Wohlgelegen, zwischen Mannheim und Dampferheim, ereignete sich am 19. Mai ein sehr schwerer Unglücksfall. Ein mit kochender Säure gefüllter Kessel explodierte und die Flüssigkeit ergoß sich über die Arbeiter Jakob Kaltenbacher von Wohlgelegen und Heinrich Fettel von Würzburg. Die Bedauernswerten mußten in das Krankenhaus gebracht werden.

Erbliche Vergiftung durch nitrose Gase. Durch nitrose Gase vergiftet wurde der Arbeiter Karl Mich, der in der Dextrinfabrik von D. Ringer in Potsdam am Rhein beschäftigt war. Er war in der ersten Etage und sollte einen Ballon Salpetersäure transportieren. Der Glasballon platzte und durch die austretenden Säuredämpfe zog sich R. eine Vergiftung zu, an deren Folgen er tags darauf im städtischen Krankenhaus starb.

Feuer und Säure. In den höchsten Farbwerken verunglückte am 19. Mai ein Küferlehrling beim Wärmen von Fässern. Die Schürze fing plötzlich Feuer, und der junge Mann verbrannte sich Gesicht und Hände. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus transportiert. — Am 19. Mai wurden vier Mann durch hochprozentige Salpetersäure sehr stark verbrannt, so daß sie alle dem Krankenhaus zugeführt werden mußten, wo besonders der Borarbeiter Keil schwer daniederliegt. Der Unfall konnte vermieden werden, wenn die am Steigerrohr des fraglichen Druckapparats befindlichen Verbindungsstellen Schuttmuffen gehabt hätten; denn dann war es nicht möglich, daß beim Herausfliegen eines Stücks von der 1 Zentimeter starken Gummidichtung die Säure meterweise im Umkreise herumspritzte und so die vier Mann verlegte. Aber, wie überall, wird es auf den Farbwerken dieser Goldgrube, für Kapitalisten, erst einen richtigen Arbeiterschutz geben, wenn die Arbeiter sich der Organisation angeschlossen haben.

Keramische Industrie

Aus dem hannoverschen Ziegeleigebiet.

Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, wo der Organisationsgedanke seinen Siegeszug angetreten hat und alle Berufe und Gewerkschaften sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu Vereinigungen und Verbänden zusammenschließen. Immermehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß der einzelne zur Verwirklichung seiner auf wirtschaftliche und soziale Besserstellung gerichteten Bestrebungen, auf die Hilfe und Unterstützung seiner Standes- und Klassenangehörigen angewiesen ist, andernfalls er im Kampfe ums Dasein unterliegen würde. Man sollte nun meinen, daß gerade diejenigen Gewerkschaften und Arbeiterkategorien, die in ökonomischer und rechtlicher Beziehung am schlechtesten gestellt sind, auch die energischsten Befürworter des Solidaritätsgedankens wären. Leider ist dem aber nicht so, wie uns ein Blick auf die Verbände der Unternehmer und der Arbeiter zeigt. Am markantesten tritt dies wohl in der Ziegelindustrie hervor.

Schon vor mehr denn einem Jahrzehnt, als von den Ziegelarbeitern nur erst einige wenige den Organisationsgedanken erfaßt hatten, gründeten die Ziegeleibesitzer in den verschiedensten Bezirken Deutschlands Ziegelverkaufsbereinigungen, um die gegenseitige Konkurrenz auszuschalten und ihren Profit sicherzustellen. Die hannoverschen Ziegeleibesitzer standen hierbei nicht zurück, sondern gehörten mit zu den ersten, die den Organisationsgedanken verwirklicht. Und am 13. Februar d. J. schlossen sich die meisten Ziegelverkaufsbereinigungen zu dem „Verband der deutschen Ziegelverkaufsbereinigungen“ zusammen. Der erfolgreichen Vertretung der Unternehmerinteressen in der Ziegelindustrie steht also nunmehr nichts mehr im Wege, und die Herren werden nicht unterlassen, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Dies können die Ziegeleibesitzer um so mehr, weil sie nicht unterlassen haben, neben ihren kaufmännischen auch ihre wirtschaftliche Organisation, den „Zentralverband der Ziegeleibesitzer Deutschlands“ in geradezu musterhafter Weise auszubauen. Und auch hierbei stehen die hannoverschen Ziegeleibesitzer mit an erster Stelle. Komte doch schon am 22. Februar 1908 der Ziegeleibesitzer Herr Schönhoff aus Garbsen bei Hannover, als er auf der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Tonindustrieller über die Erfahrungen des hannoverschen Ziegeleibesitzerverbandes im Jahre 1907 referierte, begeistert auszusprechen:

„Als wir in Hannover am 9. November 1906 die Ziegeleibesitzer der Umgegend zusammenriefen, um diese Verhältnisse zu besprechen (Die angelegliche Begehrlichkeit und Unbotmäßigkeit der Ziegeleiarbeiter. D. B.), da wurde von 120 Anwesenden einstimmig beschlossen: Wir müssen uns zu einem Verbandsverbande zusammenschließen, um, wenn irgend möglich auf dieser abschüssigen Bahn einen Halt zu gewinnen!“

Dementsprechend hat sich die Sache denn auch entwickelt. Der Zentralverband der Ziegeleibesitzer hat nicht nur mit dem Verband der Tonindustriellen einen Kartellvertrag abgeschlossen, so daß sein Einfluß immer größer geworden ist, sondern er hat sich auch durch Anschluß an andre wirtschaftliche Organisationen erhebliche Macht und Vorteile gesichert. Das Hauptverdienst an der Organisation der hannoverschen Ziegeleibesitzer und weit darüber hinaus gebührt unstreitig dem Ziegeleibesitzer Schönhoff, der mit einer Auktorität, die den organisierten Ziegeleiarbeitern als Vorbild dienen könnte, fortwährend für die Stärkung der Ziegeleibesitzerverbände tätig ist.

Selbstverständlich ist Herr Schönhoff ein fanatischer Feind der modernen Arbeiterorganisationen, und in seinen Referaten bezeichnet er die Aufklärungs- und Kulturarbeit der Gewerkschaften meistens als Gefahr. Für die Kenner der Verhältnisse dürfte es allerdings nicht schwer halten, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob nicht die fortgeschrittenen arbeitervindlichen Randgebungen mancher Ziegeleibesitzerorganisationen mit mehr Recht als Gefahr zu bezeichnen sind, als die Aufklärungs- und Kulturarbeit der Gewerkschaften. Wenn man das Referat des Herrn Schönhoff durchliest, das er am 4. Juni 1912 in Wiesbaden auf einer Versammlung des Verbandes der Industriellen und des Zentralverbandes der Ziegeleibesitzer gehalten hat, wo er die Notwendigkeit der Unterstützung der nationalen Arbeitervereine (gelben Unternehmerrückgrüppchen) betonte, dazu sollte man meinen, daß die freien Gewerkschaften nichts anderes erstrebten, als aus reiner Bosheit und Niedertracht die Unternehmer zu ärgern und ihnen das Leben sauer zu machen. Dabei weiß Herr Schönhoff als einflussreicher Führer eines Unternehmerverbandes nur zu gut, daß infolge der kapitalistischen Produktionsweise und der Bedrückung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb die Gegensätze zwischen Unternehmer und Kapitalist einerseits und dem Arbeiter andererseits sich immer mehr verschärfen werden und die Organisation der Arbeiter daraus eine Notwendigkeit ist. Sagte er doch selbst in seinem vorhin genannten Referat nach dem Bericht in der „Tonindustrie-Zeitung“:

„Es steht heute in der Industrie nicht mehr der einzelne Arbeiter gegenüber dem einzelnen Arbeiter gegenüber, sondern dem Unternehmer steht oft eine solche Menge von Arbeitern gegenüber, daß von einem persönlichen Verhältnis gar nicht mehr die Rede sein

kann. Die Arbeiter werden durch die Verhältnisse geradezu gedrängt, sich zu Verbänden und Vereinen zusammenzuschließen, um ihre Interessen gemeinsam zu fördern und zu vertreten.“

Diese beiden Sätze wird jeder denkende Mensch Wort für Wort unterschreiben müssen, vor allem aber die Ziegeleiarbeiter diese Worte ihrem Gedächtnis unauslöschlich einprägen.

Im Gegensatz zu der von Herrn Schönhoff zum Ausdruck gebrachten Theorie, steht aber das Verhalten der meisten hannoverschen Ziegeleibesitzer und deren Vertreter in der Praxis. Diese stehen den Organisationsbestrebungen der Arbeiter feindselig gegenüber und achten peinlich darauf, daß die Arbeiter keine Flugblätter von den freien Gewerkschaften zu lesen erhalten, oder sonst mit Angehörigen dieser Organisationen in Berührung kommen. Hier von machen auch die Vertreter des Herrn Schönhoff keine Ausnahme. Die Arbeiter fast sämtlicher Ziegeleien unterliegen in Bezug auf ihre persönliche Freiheit während der Pausen, nach Feierabend und des Sonntags einer Bevormundung, die kaum noch übertroffen werden kann. Manche Ziegeleibesitzer und Meister scheinen der Meinung zu sein, daß sie für die paar Mark Lohn, die der Ziegeleiarbeiter für seine Arbeitsleistung erhält, nicht nur seine Arbeitskraft, sondern auch seine Gesinnung gekauft haben. Wahrscheinlich befürchten die Herren, daß die Traktätschen und Werbungsblätter, die auf mehreren Ziegeleien den Arbeitern von den Unternehmern jede Woche gratis verabfolgt werden und die zur Gehirnerkennung der Ziegeleiarbeiter dienen sollen, ihre Wirkungen verfehlen, wenn sie die Schriften der modernen Arbeiterbewegung zu lesen bekommen. Das einfachste Gerechtigkeitsempfinden sollte die Herren veranlassen, sich um den Besoffen ihrer Arbeiter gar nicht zu kümmern und wenn sie selbst den Arbeitern Traktätschen aufdrängen, dann auch nicht dagegen anzukämpfen, wenn den Arbeitern auch von anderer Seite etwas zu lesen verabsolgt wird. Diese einfachste Anstandsspflicht wird man aber nur bei wenigen antreffen. Die Mehrzahl scheut sich nicht, von ihrer wirtschaftlichen Macht in der rückständigsten Weise Gebrauch zu machen. Sobald sie erfahren, daß jemand den Arbeitern etwas zu lesen bringt, dann sind viele so rabiatt, daß sie den Betreffenden aus der Kaserne verweisen. In dem Leitwort des Herrn Schönhoff, der hannoverschen „Ziegelei-Zeitung“, wurde im vorigen Jahre sogar einmal aufgeführt, daß die Flugblätter breiter verprägt werden sollten. Um solche „geistige Waffen“ kann man die Herren allerdings nicht beneiden. Anständige Ziegeleibesitzer und Meister werden es allerdings unter ihrer Würde halten, den Rat der „Ziegelei-Zeitung“ zu befolgen. Wer für die Sache der Wahrheit und Gerechtigkeit eintritt, der hat es nicht nötig, zu solchen Mitteln zu greifen, der verschmäht die brutale Gewalt. Wer jedoch glaubt, im Kampfe mit dem Gegner solche Waffen nicht entbehren zu können, der beweist damit, daß seine Sache die innere überzeugende Kraft fehlt.

Abgesehen von den Ziegeleibesitzern, für deren feindselige Stellungnahme gegenüber den Arbeiterorganisationen ja ihr Profitinteresse, ihre Gewinnjucht entscheidend und maßgebend ist, hätten aber die Ziegelmeister doch fast ausnahmslos alle Veranlassung, den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen freundlich und fördernd gegenüberzutreten, wenn eine Befreiung der Arbeitsverhältnisse in der Ziegelindustrie herbeigeführt werden soll. An den heutigen Verhältnissen können doch nur diejenigen Meister und Verwalter ein Interesse haben, die die Gleichgültigkeit, Einflußlosigkeit, Unwissenheit und Abhängigkeit der Ziegeleiarbeiter zu ihrer persönlichen Bereicherung benutzen wollen, die entweder als Akkordant oder als Kontinentalhaber sich sowohl als Zwischenunternehmer wie auch als Warenverkäufer auf Kosten der Arbeiter bereichern wollen. Daß diesen Meistern die Organisation der Arbeiter ein Dorn im Auge ist, ist ganz natürlich, denn die Bestrebungen der Organisation laufen ja darauf hinaus, dieser Ausbeuterherrlichkeit ein Ende zu machen. Man kann deshalb auch wohl ohne weiteres annehmen, daß diejenigen Meister und Verwalter, die die Organisationsarbeit des Fabrikarbeiterverbandes bei den hannoverschen Ziegeleiarbeitern mit fanatischem Hase bekämpfen, von ihrem bösen Gewissen dazu getrieben werden. Befürchtet doch für diese die Gefahr, daß, wenn die Ziegeleiarbeiter zum Klassenbewusstsein erwachen, es dann mit den „Nebeneinnahmen“ für diese Herren vorbei sein würde. Anders liegen die Verhältnisse aber bei denjenigen Meistern, die auch in dem Arbeiter den Menschen sehen und der Meinung sind, daß auch der Arbeiter verlangen kann, für seine Arbeitsleistung auskömmlich entlohnt und anständig behandelt zu werden, die Arbeitsdauer das Maß des kulturell und gesundheitlich Zulässigen nicht überschreiten, kurz, auch die Interessen der Arbeiter berücksichtigen werden sollen. Schon das eigene Interesse sollte diese Meister veranlassen, den Organisationsbestrebungen der Arbeiter freundlich gegenüberzutreten. Denn was ist denn die Ursache, daß sich auch so viele Ziegelmeister in so mißlichen Verhältnissen befinden? Nun, einmal die große Konkurrenz, welche die Ziegelmeister sich gegenseitig machen, wo der eine den andern immer noch unterbietet; der Abschluß von Verträgen, durch welche sie dem Ziegeleibesitzer auf Gnade und Barmherzigkeit ausgeliefert sind, und dann die Konkurrenz durch die Arbeiter, deren ganzes Sinnen und Trachten auf die Erlangung einer Meisterstelle gerichtet ist. Die meisten Ziegeleiarbeiter können sich gar nicht denken, daß sie ihre wirtschaftliche und soziale Lage auf eine andre Weise als durch Meisterwerden verbessern können. Es fehlt ihnen noch an Einzicht in die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge. Deshalb besitzen auch die meisten von ihnen noch kein Vertrauen zu der proletarischen Selbsthilfe. Ihr ganzes Hoffen ist, gelegentlich mal eine Meisterstelle zu erlangen. Und dieser für die meisten doch ganz aussichtslose Gedanke wird von den „Freunden“ der Ziegeleiarbeiter noch systematisch genährt, wie folgender Erguß beweist, der vor mehreren Jahren im „Gut Brand“ zu lesen war:

In den schweren Sommertagen
Klage nicht!
Mußt dein Joch geduldig tragen,
Bis es bricht,
Arbeit ist dein Los auf Erden,
Habe Mut!
Kannst auch einmal Meister werden,
Dann ist's gut!

Ja „gut“ ist dieses aussichtslose Hoffen schon, aber nicht etwa für die Arbeiter und Meister, sondern für die Ziegeleibesitzer, die dadurch die Möglichkeit haben, die bei den Arbeitern und Meistern vorhandene Uneinigkeit zu ihrem Gunsten auszunutzen und sich auf Kosten beider zu bereichern.

Wie ungünstig sich unter diesen Umständen die Verhältnisse für die Meister gestaltet haben müssen, läßt sich ja daran erkennen, daß

im Auftrage der Meister in einer Sitzung des „Zentralverbandes deutscher Ziegelmeister“, am 25. August 1912 beschlossen wurde, von den Ziegeleibesitzern für die Kampagne 1913 neben andern Forderungen auch eine 10- bzw. 12 1/2-prozentige Akkordpreiserhöhung zu fordern. Ebensovienig wie aber die Ziegeleibesitzer daran denken, den Arbeitern Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zuzugestehen, konnten sie sich dazu entschließen, die Forderungen der Meister zu bewilligen. Der Ziegeleibesitzerverband von Rheinland-Westfalen beschloß in seiner Generalversammlung vom 9. November 1912 in Düsseldorf mit den Forderungen und lehnte mit Ausnahme der 14täglichen Lohnzahlung die Forderungen ab. Ähnlich haben sich auch die andern Bezirke verhalten. Das war der Dank der Ziegeleibesitzer an die Meister dafür, daß letztere den erstere fast immer dabei beihilflich gewesen sind, wenn es sich darum gehandelt hat, die Arbeiter in Unwissenheit und Ohnmacht zu erhalten. Ob die Meister eine solche Behandlung richtig einzuschätzen wissen und daraus die Konsequenzen ziehen werden, wird die Zukunft lehren. Gätten die Meister aber nicht immer wieder versucht, den Organisationsgedanken von den Ziegeleiarbeitern fernzuhalten, dann würden auch ihre Arbeitsbedingungen schon längst eine Verbesserung erfahren haben. Denn sobald es den Arbeitern gelingt, mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation eine nennenswerte Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu erreichen, kann auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Meister nicht länger auf sich warten lassen. Dies hat sich bisher noch in allen Betrieben gezeigt, wo die Arbeiter Verbesserungen durchsetzen konnten.

Im übrigen sollten sich die hannoverschen Ziegeleiarbeiter aber auch durch die Bevormundung irgendwelcher organisationsfeindlicher Ziegeleibesitzer und Meister, die in dem Arbeiter nur das Ausbeutungsobjekt, das Mittel zu ihrer Bereicherung sehen, nicht davon abhalten lassen, einer großen, leistungsfähigen und finanziell gut fundierten Organisation beizutreten, um ihre Interessen erfolgreich vertreten zu können und ihre Lebenslage zu verbessern. Einig, wie die Ziegeleibesitzer zusammenstehen, um fortgesetzt ihren Reichtum und ihre Macht zu vermehren, geschlossen, wie die Ziegelmeister bemüht sind, ihre Existenzbedingungen zu verbessern, so müssen auch die Arbeiter zusammenhalten, damit auch ihre Arbeitsbedingungen den heutigen Zeitverhältnissen angepaßt werden. Zur Erreichung dieses Zieles gebrauchen die Ziegeleiarbeiter aber die Unterstützung ihrer übrigen Arbeitsbrüder, und diese finden sie durch ihren Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Wenn die Ziegeleiarbeiter zusammenstehen mit dem großen Heer der Arbeiter in der chemischen, Papier-, Gummi- und Lederindustrie, dann wären sie unüberwindlich, dann bildeten sie eine solche Macht, daß ihnen auch der arbeitervindlichste und profitungrigste Unternehmer das Mitbestimmungsrecht und die Gleichberechtigung bei Festlegung der Arbeitsbedingungen einräumen müßte. Ueber die Notwendigkeit der Organisation für die Ziegeleiarbeiter ist kein Wort zu verlieren; die wird jeder zugeben müssen, der die ungünstigen Arbeitsbedingungen der Ziegeleiarbeiter kennt. Sagt doch selbst der Führer der organisierten Ziegeleibesitzer, Herr Schönhoff-Garbsen:

„Die Arbeiter werden durch die Verhältnisse geradezu gedrängt, sich zu Verbänden und Vereinen zusammenzuschließen, um ihre Interessen gemeinsam zu fördern und zu vertreten.“

Um eure Interessen gemeinsam zu fördern und zu vertreten, deshalb, hannoversche Ziegeleiarbeiter, schließt euch alle Mann dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands an, und lehnt euch als Männer dagegen auf, wenn irgendwelche Personen sich anmaßen, weil ihr auf den Ziegeleigrundstücken in den Kasernen wohnt, euch wie Gefängnisinsassen zu bevormunden und euch vorzuschreiben, was ihr lesen und was ihr in eurer freien Zeit tun und lassen sollt. Ihr habt dem Unternehmer oder dessen Vertreter wohl eure Arbeitskraft, nicht aber eure Gesinnung verkauft.

— Straßburg i. El. Die Gipsgrubenbesitzer von Waltenheim-Schwindragheim i. Elsaß gehen gegen ihre Arbeiterkassen in der rückständigsten Weise vor, weil sie sich der Organisation angeschlossen haben. Die Arbeiter dieser Herrenmännchen schäuteten schon Generationen hindurch in den Gipsgruben bei äußerst bescheidenen Ansprüchen an Lohn, und unter auch sonst ungünstigen Verhältnissen, 200 bis 260 Mk., das ist der Lohnsatz, der seit Jahren bezahlt wird für diese Unglücklichen. Die sanitären Einrichtungen spotten jeder Beschreibung. Die Schutzbefehle sind Dinge, die den Arbeitern nicht bekannt sind und auf welche die Herren Unternehmer keinen Wert legen, geht es doch ohne diesen unnötigen Kram. Man konnte ja das früher auch nicht, ergo braucht man dieselben auch heute nicht. Außerdem sorgen die aus den Kreisen der Arbeiter entnommenen Akkordierer schon dafür, daß dem Unternehmer „unnötige“ Kosten nicht gemacht werden. Doch einmal reißt auch der stärkste Geduldsfaden. So auch hier. Die Geburt der Gipsgrubenkinder ist ein Ende, und in richtiger Erkenntnis der ihnen möglichen Hilfe greifen die Leute nach der Organisation. Ende April schloß sich in ihrer Mehrzahl unser Verband an. Doch kaum kam das den Gipsgrubengewaltigen zu Ohren, so setzten dieselben auch schon mit Gegenmaßnahmen ein. Das erste in solchen Fällen ist dann Kündigung und Entlassung. Nebenbei spekuliert man dann noch auf die Freiheit der Lohnsklaven, die nach dem ersten blinden Schuß elend zu Kreuze liegen. So auch hier. Und wie ging man vor! Ein Arbeiter, Vater von vier Kindern, wurde am gleichen Tage entlassen, als er die letzten 5 Mk. für ein Darlehen in Höhe von 300 Mk., welche er vor zitta sechs Jahren vom „guten Unternehmer“ erhoben, abbezahlt hatte. 30,90 Mk. Lohnzeit wurden als Zins für die geliehene Summe zurückbehalten. Der Bedauernswerte mußte ohne einen roten Heller zur Familie zurückkehren, die auf den Lohn des Ernährers wartete, um Brot kaufen zu können. 15 Jahre hat dieser Kollege demselben Unternehmer gesöhnt. Die Geschäftsführung treue Dienste steht ein anderer Kollege vor dem Eingang der Gipsgrube, in welcher er 48 Jahre für wenige Pfennige gearbeitet. Neben ihm steht sein Sohn, auch er hat 20 Jahre neben dem Vater treu und fleißig gearbeitet. Was hat doch einmal Wilhelm II. gesagt? ... dem deutschen Arbeiter ist die Existenz gesichert bis ins hohe Alter ...

Neben diesen beiden stehen andere, die 12, 15, 18, 20, 30 Jahre Gipssteine für ein- und denselben Unternehmer zu Tage förderten, damit dieselben in Gold für den Unternehmer umgewandelt wurden.

Und nun, da diese abgedröckten und abgemagerten Gestalten einen modernen Gedanken erfaßt, als sie mit dem großen Strom der Denker zu schwimmen trachteten, versucht ihnen diese, allen menschlichen Gefühlen trostend, viele gut christlich erzogene Ausbeuterlorona, den Stein an den Hals zu binden, damit diese Unglücklichen in den Fluten des Glucks untergehen sollen. Der Hunger soll sie tirre machen, die rebellischen Faulenzer. Doch der Streik wird nicht gelingen. Die Organisation steht hinter den Arbeitern als rettender Stützpunkt, als Helfer in der Not.

Mit roher Brutalität wird den bisher so „braven“ Arbeitern des Monats auf einmal eine neue Welt offenbart. Die göttlichste aller Welten zeigt sich ihnen in einem bisher nie geahnten Lichte — und wie Schuppen fällt es von ihren Augen. — Wenn nicht alle Angezogenen trügen, so ist die Stunde nicht mehr fern, wo die bislang ungeliebten, geknechteten und ausgebeuteten Arbeiter sich eine Gasse zur Freiheit bahnen werden, welche die jetzt gebrachten Opfer mehr als entschädigt. Die Gewaltthätigkeit der Gipsgrubenbesitzer feiert ihre letzten Trümmer. Die Willkür ist im Wanken — und das Gute, das Edle, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über Lohn- und Arbeitsbedingungen wird den Stein erzwingen.